



500 d

V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

31. Jahrgang · Heft 2

Februar 1979

Grafik des Monats: Kaufwerte von Bauland
 Aufsätze: Bruttoinlandsprodukt
 Bodennutzung in den Naturräumen
 Getreideerträge in den Naturräumen
 Bautätigkeitsstatistik
 Finanzplanung
 Kurzberichte: Pressestatistik

Statistisches Amt für Hamburg
 und Schleswig-Holstein
 Bibliothek
 Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Dezember 1978		Januar bis Dezember 1978	
		absolut	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres in %	Monatsdurchschnitt	Veränderung gegenüber gleichem Zeitraum des Vorjahres in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
Beschäftigte	1 000	162	- 1,5	163	- 1,2
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	16	- 7,6	17	- 3,3
Löhne und Gehälter	Mill. DM	417	+ 1,7	391	+ 4,7
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 236	+ 2,5	2 035	+ 2,0
Auftragseingang	Mill. DM	1 067	+ 4,1	1 067	+ 4,7
Energieverbrauch	1 000 t SKE	202	+ 5,9	184	+ 4,4
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	55	+ 5,9	55	+ 4,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	5	- 19,6	6	- 0,7
Löhne und Gehälter	Mill. DM	97	- 9,7	115	+ 7,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	577	- 27,9	289	- 13,2
Auftragseingang ³	Mill. DM	176	- 12,7	228	+ 12,4
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 210	- 10,4	1 678	+ 27,7
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	503	- 16,7	630	+ 24,2
Handel					
Ausfuhr	Mill. DM	452	- 30,3	437	- 13,9
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	415	- 25,1	410	+ 0,1
Umsatz im Einzelhandel (einschließlich Umsatzsteuer)	Meßziffer 1970 = 100	261	- 0,1	202	+ 6,4
Gastgewerbe					
Umsatz (einschließlich Umsatzsteuer)	Meßziffer 1970 = 100	133	- 1,3	173	+ 0,8
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	46 489	- 9,1	44 068	- 6,3
		November 1978		Januar bis November 1978	
Fremdenverkehr					
Fremdenmeldungen	1 000	107	+ 8,1	259	- 2,6
Fremdenübernachtungen	1 000	420	+ 6,3	2 072	- 4,1
Kredite ⁵					
Bestand am Monatsende kurzfristige Kredite	Mill. DM	6 330	+ 10,7	6 148	+ 10,3
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	25 195	+ 13,7	23 727	+ 13,2

1) Nur Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten (ohne Handwerk); zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1
 2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten
 4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) an inländische Unternehmen und Private 6) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 2/79

	Seite
Aktuelle Auslese	17
Aufsätze	
Das Bruttoinlandsprodukt in den Kreisen 1970 und 1976	18
Zur Bodennutzung in den Naturräumen Schleswig-Holsteins 1957 bis 1978	26
Getreideernte 1978 und Ertragsentwicklungen bei Getreide in den vier Hauptnaturräumen	35
Reform der Bautätigkeitsstatistik	38
Die Finanzplanungen der Gemeinden und Ge- meindeverbände für die Jahre 1977 bis 1981	41
Kurzberichte	
Pressestatistik im Bundesgebiet	46
Grafik des Monats	32
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie) ..	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 7/1978

Kommunaler Finanzausgleich
Kommunalwahl 1978 (Teil 4)
Güterverkehr Binnenschifffahrt

Heft 8/1978

Kommunalwahl 1978 (Teil 5)
Krankenversicherte
Ausbaugewerbe

Heft 9/10 – 1978

Volkshochschulen
Handwerk
Baufertigstellungen

Heft 11/12 – 1978

Studenten: soziale Herkunft
Gestorbene 1977
Zwischenfruchtanbau

Heft 1/1979

Güterverkehr See
Bauhauptgewerbe
Nordelbische Kirche



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

Aktuelle Auslese



Veränderungen der Postgebühren insgesamt verbraucherfreundlich

Zum Teil recht drastisch sind die Gebühren für Leistungen der Bundespost im Januar angehoben worden. So wurden inländische Drucksachen, Eilzustellung und Postanweisung um etwa 30 % teurer. Die insgesamt zu tragende Preissteigerung hängt jedoch auch von der speziellen Zusammensetzung der nachgefragten Leistungen ab. Für einen 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen wurden im Januar die Postgebühren um 18,6 % teurer. Da aber die Bundespost in den Vormonaten die Fernspreckgebühren gesenkt hat, stehen sich Gebührenerhöhungen und -senkungen gegenüber, und erst die spezielle Zusammensetzung der Haushaltsnachfrage nach Leistungsart und -menge entscheidet darüber, was im Ganzen durchschlägt. Für einen 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen halten sich nun beide Veränderungen die Waage, so daß kein Preiseffekt eintrat. Für „alle privaten Haushalte“ errechnet sich sogar eine Gebührensenkung von insgesamt 2,2 % gegenüber dem Stand im Januar 1978.



Krankheiten der Krankenhauspatienten

Von allen Patienten, die 1977 im Krankenhaus stationär behandelt worden sind, litten 14,5 % an einer Krankheit der Verdauungsorgane; 14,1 % mußten wegen eines Unfalls ins Krankenhaus, bei 12,3 % waren es Herz oder Kreislauf. Bei 9,6 % handelte es sich um Neubildungen, bei 9,5 % um Krankheiten der Harn- oder Geschlechtsorgane. 8,3 % mußten wegen Krankheiten der Atmungsorgane behandelt werden. Mit diesen sechs Krankheitsgruppen sind bereits 68 % aller Behandlungsfälle genannt. Mit fast gleich großen Anteilen schließen sich dann die Frauen mit komplikationsloser Entbindung (4,5 %) und mit Komplikationen in Verbindung mit Schwangerschaft (4,7 %) an. Die 10 übrigen Krankheitsgruppen folgen mit durch-

weg kleineren Anteilen. Für 4,5 % aller Patienten endete der Krankenhausaufenthalt mit ihrem Tode.

Die Zahlen stammen aus einer Teilerhebung (Diagnosestatistik), die 1977 70 % aller Akutkrankenbetten des Landes mit 225 000 abgeschlossenen Behandlungsfällen einschloß.



Wenige Wohnungen 1978 gebaut

Im Jahre 1978 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 16 197 Wohnungen fertiggestellt, das sind 2 277 oder 12,3 % weniger als ein Jahr zuvor. Dieser Rückgang kam erwartet, weil zum Jahresanfang 1978 sich nur rund 14 000 Wohnungen im Bau befanden. Das war seit etwa 20 Jahren der niedrigste Bauvorrat an Wohnungen, der in ein neues Jahr übernommen wurde. Gestiegene Genehmigungszahlen 1978 und ein entsprechend höherer Bauüberhang am Jahresende 1978 lassen erwarten, daß das Baufertigstellungsergebnis des laufenden Jahres deutlich über dem des Vorjahres liegen wird.



Hochschul-Abschlußprüfungen

Im Prüfungsjahr 1978 (Wintersemester 1977/78 und Sommersemester 1978) stellten sich 3 279 Studenten einer Abschlußprüfung. Die Examensanforderungen erfüllten 3 009 Kandidaten, was einer Erfolgsquote von 92 % entspricht. Das ergaben die Meldungen der Fachbereiche sowie der akademischen, staatlichen und kirchlichen Prüfungsämter in Schleswig-Holstein. Von den erfolgreichen Prüfungsteilnehmern haben 1 147 eine Lehramtsprüfung, 739 die Abschlußprüfung an einer Fachhochschule, 398 eine Diplomprüfung, 392 ein Staatsexamen (ohne Lehramtsprüfungen) und 290 Studenten eine Promotion abgelegt. Die übrigen 43 Kandidaten bestanden die Musikprüfung, die kirchliche Abschlußprüfung oder die Magisterprüfung.

Das Bruttoinlandsprodukt in den Kreisen 1970 und 1976

Zum Aufgabengebiet des „Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ gehört neben der Berechnung der verschiedenen Größen der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsseite für die Länder auch die Erstellung regionaler Leistungswerte in der Form des nominalen, d. h. in jeweiligen Preisen bewerteten, Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen. Ausgangsgröße für die Verteilung auf die Kreise ist das Bruttoinlandsprodukt des Landes, das im Stadium der Entstehung ermittelt worden ist. Das bedeutet, daß die Wirtschaftskraft daran gemessen wird, was die Wirtschaftseinheiten an Gütern und Dienstleistungen erzeugt haben.

Methodische Änderungen in der Entstehungsrechnung

Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich seit der letzten Revision im Jahre 1977 aus der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche unter Berücksichtigung von Bereinigungsposten; die Bruttowertschöpfung der Unternehmensbereiche wird bereinigt um die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und den Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen, gekürzt um die Investitionssteuer. Entgelte für Bankdienstleistungen werden unterstellt, um für die Kreditinstitute eine mit anderen Bereichen vergleichbare Wertschöpfung nachweisen zu können, denn die Kreditinstitute erheben nur für einen Teil ihrer Dienstleistungen Gebühren und finanzieren sich im übrigen aus der Differenz zwischen Vermögenserträgen und Zinsaufwand. Eigentlich müßten damit alle Sektoren belastet werden, die diese Dienstleistungen in Anspruch nehmen, nämlich außer den Unternehmen auch der Staat, die privaten Haushalte und das Ausland. In den bisherigen Berechnungen war das der Fall, weshalb auch auf einen gesonderten Nachweis dieser unterstellten Entgelte verzichtet werden konnte. Die jetzt getroffene Regelung, nach der nur der Unternehmenssektor als Käufer unterstellt wird, hat lediglich den Vorteil einer besseren internationalen Vergleichbarkeit. Außerdem werden die Einfuhrabgaben seit der Revision 1977 anders verbucht. Vor der Revision zählten die Einfuhrabgaben zu den indirekten Steuern, jetzt werden sie einbezogen in die Vorleistungen der Betriebe, d. h. die eingeführten Güter werden in Ab-Zoll-Preisen (Einfuhrpreise einschließlich Einfuhrabgaben) als Vorleistungen verbucht.

Damit verbunden ist zwangsläufig eine neue Definition der indirekten Steuern, denn es muß deutlich gemacht werden, daß in den indirekten Steuern der Wirtschaftsbereiche keine Einfuhrabgaben enthalten sind, da sie den Vorleistungen zugerechnet werden. Für die indirekten Steuern, die sich auf die inländischen Produkte beziehen, wurde aus dem „Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ die Bezeichnung „Produktionssteuern“ übernommen.

Zur Verdeutlichung der obigen Ausführungen sei am Beispiel des Jahres 1976 aufgezeigt, wie sich das Bruttoinlandsprodukt für Schleswig-Holstein aus den Ergebnissen für die Wirtschaftsbereiche ableitet:

	Mill. DM
Produktionswerte der Unternehmensbereiche (Umsätze, Bestandsveränderungen an Erzeugnissen eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen)	90 974
Abzüglich Vorleistungen (Materialverbrauch, Warenumsatz, bezogene Dienstleistungen, Einfuhrabgaben)	58 378
Bruttowertschöpfung der Unternehmensbereiche insgesamt (unbereinigt)	32 597
davon	
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	2 898
Warenproduzierendes Gewerbe	14 917
Handel und Verkehr	5 795
Kreditinstitute, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsgewerbe	8 987
Abzüglich:	
Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen	1 232
Vorsteuerabzug für Investitionen 1)	406
Bruttowertschöpfung der Unternehmen insgesamt (bereinigt)	30 958
Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	7 565
Bruttowertschöpfung insgesamt	38 523
Einfuhrabgaben	1 002
Bruttoinlandsprodukt	39 525

1) Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen

Auswirkungen der Revision auf die Werte für die Wirtschaftsbereiche

Beim Vergleich der Werte des Bruttoinlandsprodukts von Schleswig-Holstein vor und nach der Revision ergeben sich für den gesamten Zeitraum von 1960 bis 1976 nur geringfügige Unterschiede. So ist das revidierte Bruttoinlandsprodukt beispielsweise 1970 um 0,7 % und 1976 um 1,8 % höher als der Wert vor der Revision. Dagegen sind die Abweichungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen insbesondere in den Kreisen zum Teil erheblich, was aber ganz wesentlich durch die Änderung der Konzepte bedingt ist. Der Vergleich wird mit anderen Worten dadurch erschwert, daß es sich bei den Ergebnissen vor der Revision um die Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt handelt, nach der Revision dagegen um die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche, die andere Inhalte erhalten haben. So ergeben sich gegenüber den Berechnungen vor der Revision Verschiebungen zwischen den Wirtschaftsbereichen durch die Einbeziehung der Einfuhrabgaben in die Vorleistungen, wodurch die Anteile des warenproduzierenden Gewerbes und des Handels deutlich geringer werden. Durch die Verminderung der Vorleistungen der Wirtschaftsbereiche um unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen steigt dagegen das relative Gewicht der Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen, und hier vor allem der Kreditinstitute und der Wohnungsvermietung, deutlich an. Andererseits haben auch die Korrekturen aufgrund neuen statistischen Ausgangsmaterials und verbesserter Berechnungsverfahren oft unterschiedlichen Einfluß auf die Ergebnisse für die einzelnen Wirtschaftsbereiche. Hierdurch hat sich in Schleswig-Holstein vor allem der Beitrag des Wirtschaftsbereichs Handel und Verkehr gegenüber den bisherigen Berechnungen vermindert. Die Verminderung hat ihre Ursache ausschließlich im Handel, wo durch die Einarbeitung von neueren Ergebnissen für Betriebe im Gegensatz zu den behelfsweise verwendeten Unternehmensergebnissen mit entsprechend neueren Vorleistungsquoten die Berechnung der Bruttowertschöpfung verbessert werden konnte. Dagegen konnte in anderer Richtung der Beitrag der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft vornehmlich durch verbesserte Verfahren für die Berechnung der Produktionswerte und der Vorleistungen den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt werden. Der Beitrag des Staates hat sich in Schleswig-Holstein nach der Revision erheblich erhöht, weil jetzt der Unterbereich Verteidigung besser auf die Bundesländer verteilt werden konnte. Vor der Revision wurde der Beitrag des Verteidigungssektors gemäß der Wohnbevölkerung auf die Bundesländer und deren Kreise verteilt,

jetzt dagegen gemäß der Zahl der Berufs- und Zeitsoldaten sowie der Wehrpflichtigen.

Diese Abweichungen in den Berechnungen für die Wirtschaftsbereiche müssen vor allem auch berücksichtigt werden, wenn die Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche zur Beschreibung der Wirtschaftsstruktur eines Landes und seiner Kreise benutzt wird. Nach dem neuen Konzept der Entstehungsrechnung muß man als Bezugsgröße für die Ermittlung von Anteilswerten der einzelnen Wirtschaftsbereiche die unbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt verwenden. Die beiden der Bereinigung dienenden Posten — Entgelte für unterstellte Bankdienstleistungen und Vorsteuer auf Investitionen — lassen sich nämlich nicht auf die Unternehmensbereiche verteilen. Anhaltspunkte über die Wirtschaftsstruktur und ihre Entwicklung werden in Zukunft also die Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche und ihre Anteile an der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt sein.

Zur Berechnung der regionalen Leistungswerte

Die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche und das Bruttoinlandsprodukt können für die einzelnen Kreise nicht originär über Produktionswert (Umsätze, Bestandsveränderungen an Erzeugnissen eigener Produktion und selbsterstellte Anlagen) und Vorleistungen berechnet werden. Die Ursache liegt in der unzureichenden Materialbasis, die eine kreisweise originäre Berechnung nicht zuläßt. Zum Teil werden Daten nur im Rahmen von Stichprobenerhebungen ermittelt, deren Auswahlsatz nicht die Repräsentation für Kreise gewährleistet; bei anderen Statistiken, für die regionale Ergebnisse aufbereitet werden, fehlt die erforderliche fachliche Gliederung. Erschwert werden die Berechnungen auch durch die Notwendigkeit zur regionalen Abgrenzung der Werte von Mehrbetriebsunternehmen, deren Betriebe sich über mehrere Kreise verteilen. Hier und im folgenden steht „Kreis“ vereinfachend für kreisfreie Städte und Kreise im engeren Sinne.

Die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche für Kreise wird mit Hilfe eines fachlich tief gegliederten Schlüsselverfahrens aus den jeweiligen Landeswerten ermittelt. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, daß die Kreiswerte der Schlüsselgrößen in demselben Verhältnis zueinander stehen, wie die Kreiswerte der Bruttowertschöpfung, die sich bei Originärberechnung der Ergebnisse ergeben hätten. Voraussetzung für die Brauchbarkeit der Schlüsselwerte, die kreisweise auf-

bereitet zur Verfügung stehen müssen, ist deshalb eine möglichst enge Beziehung zu den Ergebnissen der Bruttowertschöpfung des entsprechenden Wirtschaftsbereichs. Dafür soll die tiefe Aufgliederung der Wirtschaftsbereiche in über 100 Schlüsselbereiche sorgen, die in sich weitgehend homogen sind. Nach Abschluß des Aufteilungsverfahrens wird die errechnete Bruttowertschöpfung der Schlüsselbereiche eines jeden Kreises zu vier Wirtschaftsbereichen zusammengefaßt.

Wenn man das Bruttoinlandsprodukt für regionale Leistungsvergleiche heranzieht, muß beachtet werden, daß es sich hier um die Bewertung der in einer Region produzierten Güter und Dienstleistungen zu Marktpreisen handelt; dieser Wert ist nicht als Maßstab für die Beurteilung des Wohlstandes oder der Einkommensverhältnisse in dieser Region geeignet. Hierfür könnte allenfalls das nach dem Inländerkonzept gewonnene Volkseinkommen, das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, herangezogen werden. Die Ermittlung dieser Größe für Kreise scheitert aber vor allem daran, daß sich der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen den Einwohnern eines Kreises und der übrigen Welt nicht ermitteln läßt. Darüber hinaus müßten noch die Abschreibungen, die Produktionssteuern, Einfuhrabgaben und die Subventionen kreisweise errechnet werden, um vom Bruttowert zu Marktpreisen zum Nettowert zu Faktorkosten zu kommen. Gerade dieser Unterschied in der Bewertung zu Marktpreisen und zu Faktorkosten kann den regionalen Leistungsvergleich ganz entscheidend stören, nämlich dann, wenn in einem Kreis die Bruttowertschöpfung wesentlich bestimmt wird durch die Produktion von Betrieben, deren Produkte durch Produktionssteuern wie Mineralölsteuer und Tabaksteuer überdurchschnittlich hoch belastet sind. Aus diesem Grunde sind in Schleswig-Holstein das Bruttoinlandsprodukt des Kreises Dithmarschen durch den sehr hohen Anteil der Mineralölsteuer und das Bruttoinlandsprodukt des Kreises Stormarn durch den sehr hohen Anteil der Tabaksteuer vergleichsweise stark überhöht. Trotz dieser Nachteile gibt aber das Bruttoinlandsprodukt doch einen Anhaltspunkt über die Wirtschaftskraft der Kreise und zeigt insbesondere im Zeitvergleich die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Kreisen auf.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Kreisen

Das Bruttoinlandsprodukt stieg in Schleswig-Holstein von 1970 bis 1976 von 23,0 Mrd. DM um 16,5 Mrd. DM

auf 39,5 Mrd. DM. Das entspricht einer Zuwachsrate von insgesamt 71,6 % und durchschnittlich jährlich 9,4 %. Ganz erheblich über dieser Zuwachsrate und an der Spitze aller Kreise liegt der Kreis Segeberg mit durchschnittlich jährlich 11,5 %, gefolgt von den Kreisen Stormarn mit 10,9 %, Steinburg mit 10,8 % und Rendsburg-Eckernförde mit 10,6 %. Über den Landesdurchschnitt kommen auch noch die kreisfreien Städte Kiel und Flensburg sowie die Kreise Ostholstein und Hzgt. Lauenburg mit durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten zwischen 10,0 % und 9,6 %. Die niedrigste durchschnittliche jährliche Zuwachsrate hat der Kreis Pinneberg mit 6,6 %. Auffällig ist, daß auch die anderen beiden kreisfreien Städte Neumünster und Lübeck mit 8,2 % und 8,3 % merklich unter dem Landesdurchschnitt liegen.

Wenn man eine derartige Rangfolge der Kreise nach den Zuwachsraten aufstellt, muß man sich vergegenwärtigen, daß das Ausgangsniveau dabei eine nicht unerhebliche Rolle spielt. So schneidet beispielsweise in dieser vergleichenden Betrachtung der Kreis Pinneberg nicht zuletzt deswegen so schlecht ab, weil das Bruttoinlandsprodukt bereits im Jahre 1970 mit 2,4 Mrd. DM den höchsten Wert nach den kreisfreien Städten Kiel und Lübeck aufwies. Mit erheblichem Abstand folgte dann der Kreis Stormarn mit einem Bruttoinlandsprodukt 1970 von 1,8 Mrd. DM. Einen weiteren Aufschluß über die Problematik des Vergleichs von gesamtwirtschaftlichen Zuwachsraten in den doch nach der Wohnbevölkerung sehr unterschiedlich großen Kreisen Schleswig-Holsteins gibt die Tatsache, daß ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts vom Ausgangswert 1970 von 10 % im Kreis Pinneberg einen Wertzuwachs von erstellten Gütern und erbrachten Dienstleistungen von 238 Mill. DM ausmacht, im Kreis Plön dagegen nur einen von 64 Mill. DM. Die hohe negative Differenz zum Landesdurchschnitt ist fast ausschließlich auf die Entwicklung im warenproduzierenden Gewerbe zurückzuführen, denn in diesem Bereich liegt die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate im Zeitraum von 1970 bis 1976 im Kreis Pinneberg bei 2,8 % gegenüber 8,0 % im gesamten Land. Das kann mit dadurch erklärt werden, daß die Zahl der Industriebeschäftigten im Kreis Pinneberg zwischen den Totalerhebungen am 30. September 1970 und 1976 mit 15,0 % doch merklich stärker gesunken ist als im gesamten Lande, in dem am Ende dieses Zeitraums 11,2 % weniger Industriebeschäftigte gezählt wurden. Dagegen haben sich die Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei und Dienstleistungen ohne Handel und Verkehr überdurchschnittlich gut entwickelt.

Durchschnittliche jährliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche von 1970 – 1976 in den Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Brutto- inlandsprodukt insgesamt	Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche			
		Land- und Forst- wirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Waren- produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
in %					
Segeberg	11,5	7,6	9,1	10,8	18,0
Stormarn	10,9	7,3	10,6	13,1	11,7
Steinburg	10,8	7,2	6,4	6,1	19,1
Rendsburg-Eckernförde	10,6	8,3	11,7	6,3	12,3
FLENSBURG	10,0		10,6	8,4	10,9
KIEL	10,0		8,1	10,0	12,2
Ostholstein	9,7	8,4	7,7	7,3	12,5
Hzgt. Lauenburg	9,6	8,4	9,3	4,1	12,7
Schleswig-Flensburg	9,3	8,5	8,7	9,8	10,6
Nordfriesland	9,0	5,0	5,9	9,2	12,7
Plön	8,9	8,6	6,6	7,5	11,4
Dithmarschen	8,6	5,0	8,9	8,8	10,7
LÜBECK	8,3		7,9	5,1	11,5
NEUMÜNSTER	8,2		5,9	7,4	11,3
Pinneberg	6,6	9,9	2,8	6,9	13,1
Schleswig-Holstein	9,4	6,9	8,0	8,1	12,5

Andererseits ist die hohe Zuwachsrate des Kreises Segeberg mit durch das 1970 noch relativ niedrige Niveau des Bruttoinlandsprodukts begründet. Entscheidend war hier aber, daß die durch den Zusammenschluß von vier Gemeinden neu gegründete Stadt Norderstedt am 1. Januar 1970 dem Kreis Segeberg zugeordnet und dadurch der unmittelbare räumliche Kontakt des Kreises mit Hamburg hergestellt wurde. Daraus entwickelte sich eine erheblich über dem Landesdurchschnitt liegende Zunahme der Wohnbevölkerung in diesem Randbezirk Hamburgs; von der Volkszählung im Jahre 1970 bis Ende 1976 erhöhte sich die Wohnbevölkerung von Norderstedt um 7 300 oder 13,4 % und im gesamten Kreis Segeberg sogar um 32 700 oder 19,8 %, während im gleichen Zeitraum die Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins nur um 3,6 % anstieg. Allein diese Tatsache weist schon auf eine überdurchschnittliche wirtschaftliche Entwicklung hin, weil dadurch zusätzliche Nachfrage erzeugt wird. Vor allem deshalb expandierte im Kreis Segeberg der Wirtschaftsbereich „Übrige Dienstleistungen“ besonders stark. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate lag hier mit 18,0 % um 5,5 Punkte über der Rate des Landes. Allerdings ist gerade zur Zuwachsrate dieses Bereichs einschränkend zu erwähnen, daß hier im Landesdurchschnitt die Preissteigerungsrate mit durchschnittlich jährlich 8,1 % erheblich über der gesamt-

wirtschaftlichen Preissteigerungsrate von 6,3 % liegt. Auch die restlichen Dienstleistungen, der Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr, hatten im Kreis Segeberg mit 10,8 % eine um 2,7 Punkte über dem Landesdurchschnitt liegende Steigerungsrate. Insbesondere also durch die Entwicklung im tertiären Sektor stieg der Anteil des Kreises Segeberg am Bruttoinlandsprodukt des Landes von 1970 bis 1976 um 0,7 Punkte auf 6,3 %. Segeberg ist darüber hinaus der einzige Kreis, in dem die durchschnittliche jährliche Entwicklung für den Betrachtungszeitraum in jedem der dargestellten vier Wirtschaftsbereiche überdurchschnittlich war.

Im Kreis Stormarn liegt trotz des relativ hohen Ausgangsniveaus, das entscheidend mitbestimmt wird durch die Bruttowertschöpfung der Tabakindustrie mit der darin enthaltenen Tabaksteuer, die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate zwischen 1970 und 1976 bemerkenswert über dem Landesdurchschnitt. Diese Entwicklung ist ganz wesentlich auf das warenproduzierende Gewerbe zurückzuführen, das bei einem Anteil von 56 % mit seiner Zuwachsrate von durchschnittlich jährlich 10,6 % um 2,6 Punkte über der entsprechenden Rate des Landes liegt. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die sehr gewichtige Tabakindustrie in dem Betrachtungszeitraum mit durchschnittlich jährlich 8,5 % unter der Rate des gesamten warenprodu-

zierenden Gewerbes im Kreise Stormarn bleibt, so daß sich die anderen Wirtschaftszweige im Durchschnitt sogar noch erheblich besser entwickelt haben.

Mit diesen Beispielen sollte aufgezeigt werden, daß selbst ein Vergleich der durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten keine uneingeschränkten Aussagen über die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den Kreisen zuläßt. Es ist deshalb notwendig, die Besonderheiten in den einzelnen Kreisen aufzudecken und ihre Auswirkung auf das Bruttoinlandsprodukt und seine Entwicklung zu untersuchen. Einen wesentlichen Anhaltspunkt dafür gibt die Aufgliederung nach der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche. Sie zeigt durch die unterschiedlich hohen Werte die Wirtschaftsstruktur der Kreise auf und ermöglicht eine Darstellung des unterschiedlichen Verlaufs der Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen der Kreise. Aber auch hierbei ist zu beachten, daß hohe Produktionssteuern wie Mineralöl-, Tabak- und Branntweinsteuer die Bruttowertschöpfung eines Wirtschaftsbereichs erhöhen und dadurch die Anteile der einzelnen Wirtschaftsbereiche beeinflussen.

Die Wirtschaftsstruktur in den Kreisen

An der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt sind die einzelnen Wirtschaftsbereiche mit sehr unterschiedlichen Anteilen beteiligt, und das Gewicht der einzelnen Wirtschaftsbereiche hat sich im Zeitablauf zum Teil erheblich verändert. Bei einer Aufgliederung der Bruttowertschöpfung 1976 in jeweiligen Preisen nach vier Wirtschaftsbereichen ergibt sich für das Land, daß der Anteil von 41,2 % der Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs „Übrige Dienstleistungen“, der durch die Zusammenfassung von Dienstleistungsgewerbe, Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter etwas heterogen ist, den der Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs „Warenproduzierendes Gewerbe“ mit 37,1 % bereits übertrifft. Zum warenproduzierenden Gewerbe gehören die Unterbereiche Energiewirtschaft und Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. 1970 war das Verhältnis dieser beiden Wirtschaftsbereiche nahezu umgekehrt, der Anteil der Bruttowertschöpfung des warenproduzierenden Gewerbes belief sich auf 40,7 %, der des Wirtschaftsbereichs „Übrige Dienstleistungen“ auf 35,2 %. Die Bruttowertschöpfung des Bereichs Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung erreichte 1976 einen Anteil von 14,4 %, so daß auf den tertiären Sektor mit 55,6 % bereits mehr als die Hälfte der Bruttowertschöpfung aller Wirtschafts-

bereiche entfällt. Der restliche Anteil von 7,2 % an der Bruttowertschöpfung kommt vom Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei.

In den einzelnen Kreisen weist diese für das Land mit Hilfe von Anteilen der Bruttowertschöpfungen der Wirtschaftsbereiche dargestellte Wirtschaftsstruktur zum Teil erhebliche Unterschiede auf. Dazu sei als erster grober Überblick angemerkt, daß es nach den Verhältnissen von 1976 in Schleswig-Holstein noch drei Kreise gibt, in denen der Bereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei mehr als 15 % zur Bruttowertschöpfung beiträgt. Bei weiteren 5 Kreisen beträgt dieser Anteilswert mindestens 10 %, also noch nennenswert mehr als der Landesdurchschnitt von 7,2 %. Die für das Land aufgezeigte Tendenz zu den übrigen Dienstleistungen gilt ausnahmslos — allerdings mit erheblichen Größenunterschieden — für alle Kreise. War 1970 das warenproduzierende Gewerbe noch in neun Kreisen der bedeutendste Wirtschaftsbereich, so war das 1976 nur noch in sechs Kreisen der Fall. Dafür sind 1976 bereits in neun Kreisen die übrigen Dienstleistungen von größtem Gewicht. In den sechs Kreisen, in denen 1976 das warenproduzierende Gewerbe noch vorherrscht, beläuft sich der Anteilswert auf über 40 %. Bemerkenswert ist die große Streuung der Anteilswerte des warenproduzierenden Gewerbes zwischen den extremen Werten von 22,0 % im Kreis Nordfriesland und 56,3 % im Kreis Stormarn nach den Verhältnissen von 1976. Dementsprechend liegen auch die Anteilswerte der übrigen Dienstleistungen mit 28,1 % im Kreis Stormarn und 53,2 % in Kiel weit auseinander. Das Gewicht des tertiären Sektors reicht von 39,7 % im Kreis Stormarn bis 71,6 % in Kiel. In 10 Kreisen kommt über die Hälfte der Bruttowertschöpfung aus dem tertiären Sektor.

In den vier kreisfreien Städten ist nach den Berechnungen für 1976 nur noch in Lübeck das warenproduzierende Gewerbe der bedeutendste Wirtschaftsbereich. Die Schwerpunkte liegen hier in den Wirtschaftszweigen Maschinenbau, Feinmechanik und Optik, Schiffbau und Herstellung von EBM-Waren, die mehr als drei Fünftel der Bruttowertschöpfung des warenproduzierenden Gewerbes erbringen. Mit einem Anteil von 44,0 % liegt das warenproduzierende Gewerbe in Lübeck doch bemerkenswert über dem Landesdurchschnitt von 37,1 %. Der tertiäre Sektor insgesamt entspricht aber trotzdem in Lübeck genau dem Gewicht im Lande, wobei der Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr mit 17,1 % um 2,7 Punkte über und die übrigen Dienstleistungen mit 38,4 % um 2,8 Punkte unter dem Landesdurchschnitt bleiben. Die übrigen Dienstleistungen gewinnen aber auch in Lübeck ständig an Be-

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in den Kreisen

Kreis	Jahr	Bruttoinlandsprodukt Mill. DM	Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in %			
			Land- und Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienstleistungen
FLENSBURG	1970	1 168	0,5	35,0	21,8	42,6
	1976	2 071	0,2	35,9	19,8	44,2
KIEL	1970	3 179	1,6	31,8	18,7	47,9
	1976	5 647	0,2	28,2	18,4	53,2
LÜBECK	1970	2 693	1,1	45,5	20,8	32,6
	1976	4 350	0,6	44,0	17,1	38,4
NEUMÜNSTER	1970	924	1,1	41,5	17,3	40,1
	1976	1 481	0,7	36,1	16,3	47,0
Dithmarschen	1970	1 273	16,2	43,4	13,1	27,3
	1976	2 088	13,0	43,5	13,2	30,3
Hzgt. Lauenburg	1970	962	11,5	39,0	14,3	35,2
	1976	1 663	10,6	37,8	10,4	41,2
Nordfriesland	1970	1 330	19,1	26,5	14,4	40,1
	1976	2 227	15,1	22,0	14,4	48,5
Ostholstein	1970	1 214	12,7	28,1	15,2	44,1
	1976	2 119	11,6	24,8	13,0	50,6
Pinneberg	1970	2 382	5,2	55,1	15,4	24,3
	1976	3 495	6,2	43,9	15,6	34,3
Plön	1970	643	17,8	31,8	10,5	39,9
	1976	1 071	17,3	27,6	9,6	45,4
Rendsburg-Eckernförde	1970	1 720	13,8	38,8	14,0	33,4
	1976	3 145	12,0	40,8	10,9	36,3
Schleswig-Flensburg	1970	1 352	18,9	30,0	11,3	39,7
	1976	2 306	17,9	28,6	11,5	42,0
Segeberg	1970	1 293	11,6	49,7	14,6	24,2
	1976	2 481	9,3	43,2	13,8	33,7
Steinburg	1970	1 143	12,4	41,4	15,6	30,5
	1976	2 117	10,0	31,9	11,9	46,2
Stormarn	1970	1 753	4,8	57,7	10,4	27,1
	1976	3 264	4,0	56,3	11,6	28,1
Schleswig-Holstein	1970	23 027	8,4	40,7	15,7	35,2
	1976	39 525	7,2	37,1	14,4	41,2

deutung, von 1970 bis 1976 hat sich ihr Anteil an der Bruttowertschöpfung insgesamt um 5,8 Punkte erhöht.

Im Vergleich zu Lübeck weist Kiel eine ganz andere Wirtschaftsstruktur auf. Sie wird ganz eindeutig durch den tertiären Sektor geprägt, dessen Anteil sich 1976 immerhin auf 71,6 % belief. Dies liegt im wesentlichen darin begründet, daß in der Landeshauptstadt der Beitrag des Staates ein besonderes Gewicht hat. Tat-

sächlich ist der Staat mit mehr als einem Viertel an der gesamten Bruttowertschöpfung und mit über einem Drittel an der Bruttowertschöpfung des tertiären Sektors beteiligt, was ganz wesentlich mit auf den Verteilungssektor zurückzuführen ist, der in seiner Bedeutung zwar hinter den Einrichtungen des Landes zurückbleibt, aber vor den Einrichtungen der Stadt und der Gemeindeverbände sowie den zivilen Einrichtungen des Bundes rangiert. Die wirtschaftliche Entwicklung

des warenproduzierenden Gewerbes der Landeshauptstadt Kiel von 1970 bis 1976 verlief zwar mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 8,1 % leicht überdurchschnittlich, der Anteilswert dieses Wirtschaftsbereichs ging aber in diesem Zeitraum von 31,8 % auf 28,2 % zurück.

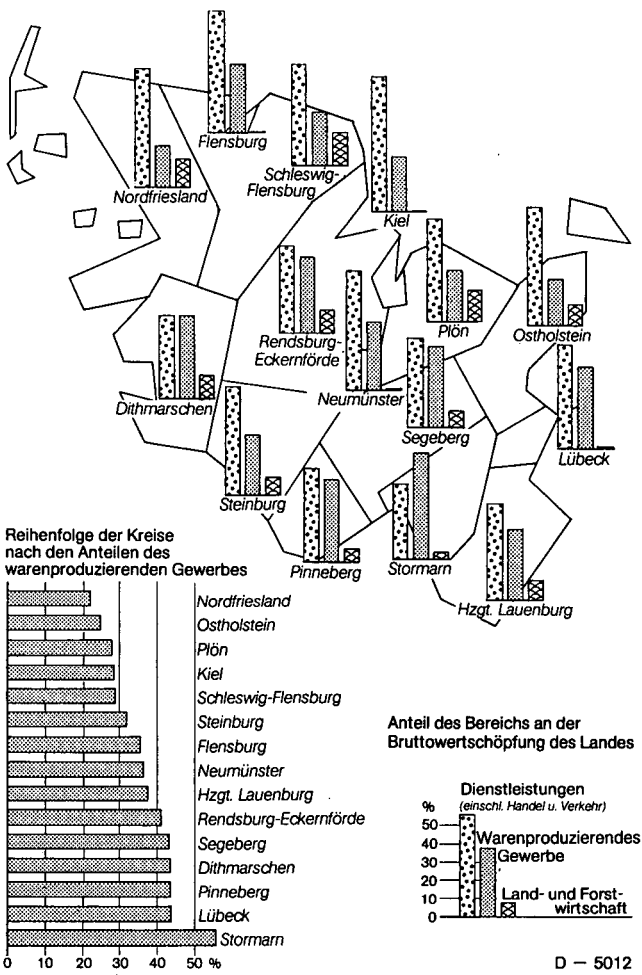
In Flensburg hat infolge der Grenzlage der Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung 1976 mit 19,8 % ein Potential, das in keinem anderen schleswig-holsteinischen Kreis erreicht wird und um 5,4 Punkte über dem Landesdurchschnitt liegt. Aber auch in Flensburg ist der Staat der Bruttowertschöpfung nach von relativ großer Bedeutung, auf ihn entfällt fast ein Viertel der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche. Dies ist aber noch stärker als in Kiel auf den Verteidigungssektor zurückzuführen, auf den fast die Hälfte des Staatssektors entfällt. Bemerkenswert ist, daß Flensburg die einzige kreisfreie Stadt ist, in der das warenproduzierende Gewerbe von 1970 bis 1976 – wenn auch nur geringfügig – seinen Anteilswert erhöht hat. Immerhin errechnet sich für das warenproduzierende Gewerbe in diesem Zeitraum eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 10,6 % gegenüber 8,0 % im gesamten Lande, woran ganz wesentlich der Wirtschaftszweig „Herstellung von Getränken“ beteiligt ist. Einschränkend hierzu ist allerdings zu bemerken, daß in der Bruttowertschöpfung die Branntweinsteuer enthalten ist. Neben der Herstellung von Getränken sind im verarbeitenden Gewerbe die Elektrotechnik sowie der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau von erheblicher Bedeutung für die Stadt Flensburg.

In Neumünster hat das warenproduzierende Gewerbe von 1970 bis 1976 merklich an Gewicht verloren. 1970 war das warenproduzierende Gewerbe noch der bedeutendste Wirtschaftsbereich, 1976 ist der Anteil der übrigen Dienstleistungen mit 47,0 % bereits um 10,9 Punkte höher als das warenproduzierende Gewerbe. Wie negativ sich das warenproduzierende Gewerbe in dem Betrachtungszeitraum entwickelt hat, wird auch daran deutlich, daß die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate mit 5,9 % um 2,1 Punkte unter der Landesrate liegt. Zurückzuführen ist dies vor allem darauf, daß das Bekleidungs-gewerbe ganz erheblich an Bedeutung verlor, das Textilgewerbe nahezu stagnierte und auch das Baugewerbe seine Bruttowertschöpfung nicht so steigern konnte, wie das gesamte warenproduzierende Gewerbe des Kreises. Aber nicht nur das warenproduzierende Gewerbe blieb im Zuwachs unter dem Landesdurchschnitt, sondern auch der tertiäre Sektor, und zwar sowohl Handel und Verkehr als auch die übrigen Dienstleistungen.

In den fünf Kreisen, in denen nach den Berechnungen von 1976 das warenproduzierende Gewerbe der bedeutendste Wirtschaftsbereich ist, ist darüber hinaus auch der gesamte produzierende Bereich, also das warenproduzierende Gewerbe zuzüglich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, von größerem Gewicht als die Dienstleistungen insgesamt, der tertiäre Sektor; und zwar reicht der Anteilswert des produzierenden Bereichs in den Kreisen Stormarn, Dithmarschen, Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Pinneberg von 60,3 % bis 50,1 %. In Stormarn ist dieser hohe Anteil vor allem durch die Tabakindustrie bedingt. Welche Bedeutung die Tabakindustrie für die Bruttowertschöpfung dieses Kreises hat, wird deutlich, wenn man sie aus den Berechnungen herausnimmt und so tut, als gäbe es die Tabakindustrie nicht. Dann würde das warenproduzierende Gewerbe nämlich nur etwa drei Fünftel des Gesamtwertes erreichen. Andererseits bliebe das warenproduzierende Gewerbe auch ohne die Tabakindustrie der bedeutendste Wirtschaftsbereich des Kreises und läge immer noch über dem landesdurchschnittlichen Anteil. Die Bruttowertschöpfung der Tabakindustrie allein erbringt fast ein Viertel der Bruttowertschöpfung insgesamt in diesem Kreis.

Die Wirtschaftsstruktur des Kreises Dithmarschen wird ebenfalls stark geprägt durch das warenproduzierende Gewerbe, wobei auch hier ein Wirtschaftszweig das Bild verzerrt. In Dithmarschen ist es die Mineralölverarbeitung, die das Bruttoinlandsprodukt insgesamt und vor allem die Bruttowertschöpfung des warenproduzierenden Gewerbes in die Höhe treibt. Ohne die Mineralölindustrie käme das warenproduzierende Gewerbe nur auf etwa zwei Drittel des Gesamtwertes. Hier würde dieser Wirtschaftsbereich sogar unter den landesdurchschnittlichen Anteil rutschen. Die Bruttowertschöpfung der Mineralölindustrie schlägt im Kreis Dithmarschen aber nicht so stark durch wie die Bruttowertschöpfung der Tabakindustrie im Kreis Stormarn. Die Bruttowertschöpfung der Mineralölindustrie bringt einen Anteil von 15 % an der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche insgesamt in diesem Kreis. Die Entwicklung des gesamten warenproduzierenden Gewerbes war von 1970 bis 1976 mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 8,9 % um 0,9 Punkte besser als im Lande. Der Anteilswert konnte gehalten werden. Andererseits hat die Land- und Forstwirtschaft in dieser Zeitspanne relativ stark an Gewicht verloren, denn ihr Anteil ging um 3,2 Punkte auf 13,0 % zurück. Trotzdem bleibt Dithmarschen ein durch die Landwirtschaft geprägter Kreis. Die übrigen Dienstleistungen liegen mit einem Anteil von 30,3 % in diesem Kreis erheblich unter dem Landesdurchschnitt von 41,2 %.

Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in den Kreisen Schleswig-Holsteins 1976



In der Wirtschaftsstruktur ähnlich sind sich die Kreise Hzt. Lauenburg und Steinburg, wenn auch die Anteilswerte des warenproduzierenden Gewerbes 1976 um 5,9 Punkte und die der übrigen Dienstleistungen um 5,0 Punkte auseinanderliegen. Diese Differenz ist ganz entscheidend mit darauf zurückzuführen, daß ein großes Unternehmen des Kreises Steinburg zwischen 1970 und 1976 den wirtschaftlichen Schwerpunkt vom warenproduzierenden Gewerbe in die übrigen Dienstleistungen verlagert hat. Mit darauf ist auch zurückzuführen, daß im Kreis Steinburg der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes im Zeitraum 1970 bis 1976 um 9,5 Punkte auf 31,9 % gesunken ist, während der Anteil der übrigen Dienstleistungen im gleichen Zeitraum um 15,7 Punkte auf 46,2 % angestiegen ist. Diese Entwicklung drückt sich auch in der durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 19,1 % bei den übrigen Dienstleistungen aus. Hiermit liegt der Kreis Steinburg an der Spitze aller Kreise. Allerdings ist dies wieder ein Beispiel dafür, wie die Wirtschaftsstruktur eines Kreises schon durch ein Unternehmen bestimmt und durch Schwerpunktsverlagerung dieses Unternehmens im Zeitablauf erheblich verschoben werden kann. Natürlich ist hiervon neben der durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate der übrigen Dienstleistungen auch die des warenproduzierenden Gewerbes betroffen, die mit 6,4 % im Vergleich zum Landesdurchschnitt von 8,0 % aber unter diesen Umständen noch sehr positiv zu bewerten ist. Der Anteil der Bruttowertschöpfung des gesamten Bereichs der Produktion einschließlich Land- und Forstwirtschaft beläuft sich so 1976 im Kreis Steinburg nur auf 41,9 %. Dagegen kommt im Kreis Hzt. Lauenburg mit 48,4 % fast die Hälfte der Bruttowertschöpfung aus dem Produktionsbereich, und zwar 37,8 % aus dem warenproduzierenden Gewerbe und 10,6 % aus der Land- und Forstwirtschaft. Bedeutendster Wirtschaftsbereich sind aber auch in diesem Kreis die übrigen Dienstleistungen mit einem Anteilswert von 41,2 %. Positiv ist zu bemerken, daß von 1970 bis 1976 das warenproduzierende Gewerbe sich mit durchschnittlich jährlich 9,3 % um 1,3 Punkte besser als im gesamten Lande entwickelt hat.

In den Kreisen Rendsburg-Eckernförde, Segeberg und Pinneberg liegen die Anteile des warenproduzierenden Gewerbes zwischen 40,8 % und 43,9 %. Während in den Kreisen Segeberg und Pinneberg dieser Wirtschaftsbereich von 1970 bis 1976 ganz erheblich an Gewicht verloren hat, ist im Kreis Rendsburg-Eckernförde eine steigende Tendenz festzustellen. Allerdings ist der relative Rückgang im Kreis Segeberg vor allem auf die erheblich über dem Durchschnitt liegende Steigerungsrate bei den übrigen Dienstleistungen zurückzuführen, denn die Entwicklung im warenproduzierenden Gewerbe war mit durchschnittlich jährlich 9,1 % Zuwachs sehr positiv. In diesen drei Kreisen sind die übrigen Dienstleistungen 1976 in etwa gleichem Maße an der wirtschaftlichen Gesamtleistung beteiligt. Dagegen ist der Handel und Verkehr für den Kreis Pinneberg wesentlich wichtiger als für den Kreis Rendsburg-Eckernförde.

In den übrigen vier Kreisen Schleswig-Flensburg, Plön, Ostholstein und Nordfriesland liegt der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes bereits unter 30 %, in Ostholstein und Nordfriesland sogar unter 25 %. Am besten schneidet dabei noch der Kreis Schleswig-Flensburg ab, der durch die positive Entwicklung zwischen 1970 und 1976 mit einem Zuwachs von durchschnittlich jährlich 8,7 % um 0,7 Punkte über der Landesrate liegt. Trotzdem ging das Gewicht dieses Bereichs in diesem Zeitraum geringfügig zurück. Über-

durchschnittlich gut haben sich im Kreis Schleswig-Flensburg auch die Wirtschaftsbereiche Handel und Verkehr sowie die Land- und Forstwirtschaft entwickelt, während die übrigen Dienstleistungen unter der Landesrate blieben. Obwohl die jährliche Zuwachsrate in der Land- und Forstwirtschaft über dem Landesdurchschnitt lag, ging der Anteil dieses Bereichs leicht zurück, weil die gesamtwirtschaftliche Entwicklungsrates des Kreises noch etwas höher war. Trotzdem hat die Land- und Forstwirtschaft hier den höchsten Anteil aller Kreise und etwa das zweieinhalbfache Gewicht wie im ganzen Lande. Ähnlich stark geprägt durch die Land- und Forstwirtschaft ist die Wirtschaftsstruktur in den Kreisen Plön und Nordfriesland.

In den Kreisen Ostholstein, Nordfriesland und Plön ist der Fremdenverkehr von besonders großer Bedeutung, was sich in den hohen Anteilen des Wirtschafts-

bereichs „Übrige Dienstleistungen“ niederschlägt. In den Kreisen Ostholstein und Nordfriesland steuert vor allem auch deshalb der tertiäre Sektor mehr als drei Fünftel zur Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche insgesamt bei. Der Kreis Plön kommt auf einen Anteil von 55 %. Auch in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen 1970 und 1976 sind zwischen diesen drei Kreisen Ähnlichkeiten festzustellen. Die durchschnittliche jährliche gesamtwirtschaftliche Entwicklung liegt zwischen 8,9 % und 9,7 %, die in den übrigen Dienstleistungen zwischen 11,4 % und 12,7 %. Ihre Anteile erhöhten die übrigen Dienstleistungen in Nordfriesland um 8,4, in Ostholstein um 6,5 und in Plön um 5,5 Punkte. Dagegen verringerte sich das Gewicht des warenproduzierenden Gewerbes in Nordfriesland um 4,5, in Plön um 4,2 und in Ostholstein um 3,3 Punkte.

Peter Möller

Zur Bodennutzung in den Naturräumen Schleswig-Holsteins 1957 bis 1978

Seit 1950 werden in den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben jährlich und bundeseinheitlich die selbstbewirtschafteten Gesamtflächen nach der Bewirtschaftungsart, die landwirtschaftlichen Nutzflächen nach der Nutzungsart und der Anbau auf dem Ackerland nach der Kulturart erfaßt sowie pauschal in den Gemeinden die Restflächen außerhalb der landwirtschaftlichen Betriebe. Rechtliche Grundlage bildete zunächst die gemeinsame Verordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken vom 1. Juni 1949. Ab 3. Dezember 1958 ersetzte das Gesetz über Bodennutzungserhebung und Ernteberichterstattung in seiner jeweils gültigen Fassung die bis dahin geltenden Rechtsverordnungen. Mit der Bekanntmachung der Neufassung dieses Gesetzes vom 21. August 1978 wird die Bodennutzungshaupterhebung künftig auf land- und forstwirtschaftliche Betriebe ab 1 ha Betriebsfläche — ergänzt durch weitere Betriebe mit bestimmten landwirtschaftlichen Erzeugungseinheiten — begrenzt und die bisherige Bodennutzungsvorerhebung durch eine allgemeine Flächenerhebung ersetzt.

In dem vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein veröffentlichten Dokumentationsband „Lange Reihen zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung 1950 bis 1975“ wurden die wesentlichen Veränderungen in der Bodenbewirtschaftung und -nutzung nach dem zweiten Weltkrieg graphisch und tabellarisch dargestellt. Die dort getroffenen Aussagen beziehen sich auf das gesamte Land. Da sich die vier Hauptnaturräume Marsch, Hohe Geest, Vorgeest und Hügelland in ihren Böden und Ertragsverhältnissen sowie in ihrer Betriebsstruktur und Bewirtschaftung erheblich voneinander unterscheiden, soll der folgende Beitrag die Entwicklung der Bodennutzung in diesen Gebieten aufzeigen. Zugrundegelegt wird dabei der Zeitraum 1957 bis 1978, für den nach Naturräumen aufbereitete Erhebungsdaten lückenlos vorliegen. Wenn auch der Anbau auf dem Ackerland nach 1964 in einzelnen Jahren nur repräsentativ erhoben wurde, so läßt die landesspezifische Schichtung nach Hauptnaturräumen doch eine Auswertung auch für diese Gebietseinheiten zu. Dagegen sind die Bewirtschaftungsarten teilweise nicht voll vergleichbar, weil die Abgrenzung ein-

zelter Positionen im Erhebungskatalog (u. a. 1970) geändert wurde. Schließlich noch ein allgemeiner Hinweis: die regionale Zuordnung der Flächen richtet sich bei den Bodennutzungserhebungen nach dem Sitz des bewirtschaftenden Betriebes (Besitzortprinzip) und nicht nach der Lage der Einzelflächen (Belegenheitsprinzip); katasteramtlich und über die Bodennutzungserhebung erfaßte Flächen können daher voneinander abweichen, und zwar umso stärker, je kleiner die Gebietseinheiten sind.

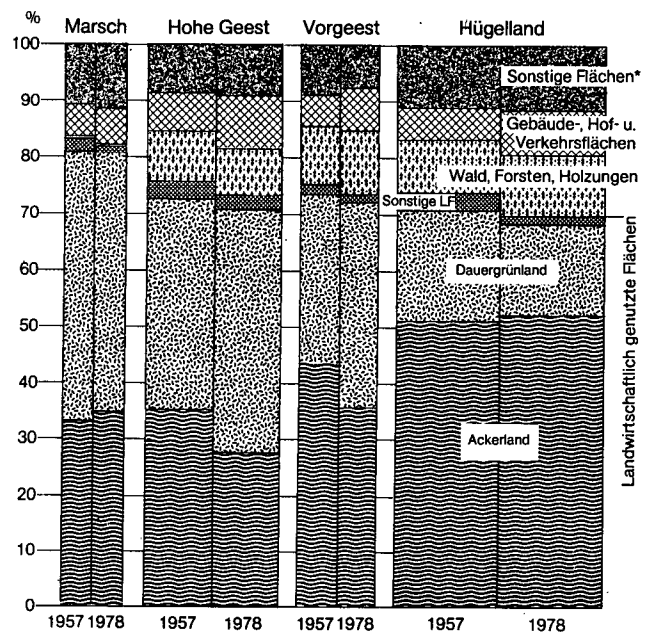
Bewirtschaftungs- und Nutzungsarten

Im Jahre 1978 gliederte sich die Wirtschaftsfläche Schleswig-Holsteins, die rund 1 553 000 ha umfaßte, in 1 132 000 ha (72,9 %) landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), 137 000 ha (8,8 %) Waldfläche, 133 000 ha (8,6 %) Öd- und Unland, Knicks und Wälle, unkultivierte Moorflächen, Gewässer und Gräben, 24 000 ha (1,6 %) Parks, Friedhöfe, Sport-, Flug- und militärische Übungsplätze sowie 126 000 ha (8,1 %) Gebäude-, Hof- und Verkehrsflächen. Von 1957 bis 1978 nahm die landwirtschaftlich genutzte Fläche um 57 000 ha oder 4,8 % ab. Um 16 000 ha oder 11 % ging die Gesamtfläche der Gruppe Ödland, Moorflächen, Knicks und Gewässer zurück. Gleichzeitig nahmen die Waldflächen um 5 000 ha (+ 4 %), die Park-, Sport- und Übungsflächen um 16 000 ha auf das Dreifache und die Gebäude-, Hof- und Verkehrsflächen um ein Drittel (32 000 ha) zu.

Von der Wirtschaftsfläche des Landes entfielen im Mittel der Jahre 13 % auf die Marsch, 27 % auf die Hohe Geest, 16 % auf die Vorgeest und 43 % auf das Hügelland. Wie aus Bild 1 hervorgeht, nahm der Anteil der LF an der Wirtschaftsfläche der einzelnen Naturräume um 2 % bis 4 % — insbesondere zugunsten der Gebäude-, Hof- und Verkehrsflächen sowie der Erholungs-, Sport- und militärisch genutzten Flächen — ab. Nur ein geringer Teil dieses Verlustes an landwirtschaftlicher Nutzfläche wurde durch Neulandgewinnung sowie Flurbereinigungs- und Meliorationsmaßnahmen wieder ausgeglichen. Die Veränderungen in den Bewirtschaftungsarten waren im Hügelland und auf der Geest wesentlich ausgeprägter als in der Marsch.

Innerhalb der landwirtschaftlich genutzten Fläche herrscht im Landesdurchschnitt nach wie vor die Ackerfläche (1978: 628 000 ha) vor; ihr Anteil an der LF verringerte sich bei einer Abnahme um insgesamt 46 000 ha von 57 % im Jahre 1957 auf 55 % im Jahre 1978. Die gesamte Grünlandfläche des Landes (1978:

Flächenaufteilung und Bodennutzung in den Naturräumen

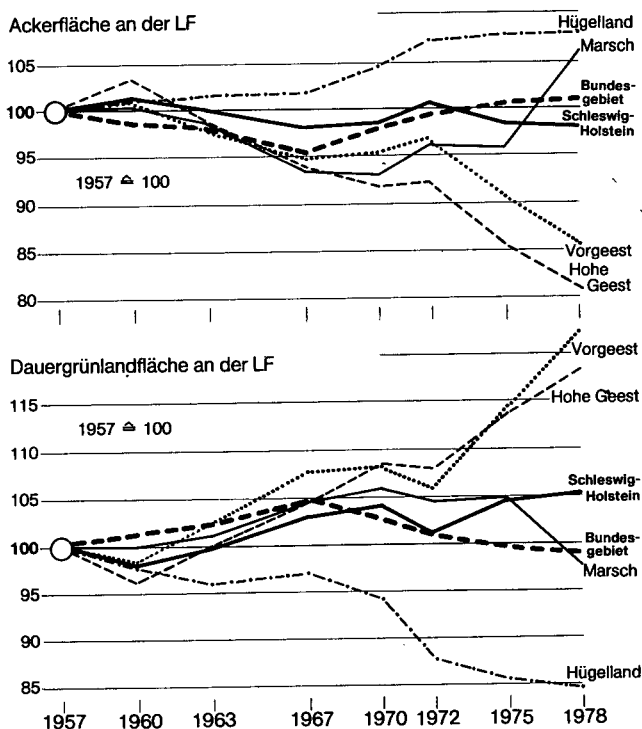


* Öd- und Unland, nicht mehr landw. genutzte Fläche, Knicks und Wälle, unkultivierte Moorflächen, Gewässer und Gräben, Parks, Friedhöfe, Sport-, Flug- und militärische Übungsplätze

474 000 ha) blieb im Zeitablauf annähernd unverändert, der Anteil an der LF erhöhte sich dagegen aufgrund der rückläufigen landwirtschaftlichen Nutzfläche von 40 % im Jahre 1957 auf 42 % im Jahre 1978. Hierbei nahm — wie Bild 1 deutlich zeigt — die Entwicklung in den einzelnen Naturräumen einen unterschiedlichen Verlauf. Auf der Hohen Geest und der Vorgeest kam es zu einer erheblichen Einschränkung und verstärkten Neuanlage von Dauergrünland, während im Hügelland zunehmend Grünlandflächen umgebrochen wurden, um Ackerland zu gewinnen. In der Marsch nahm bis Ende der 60er Jahre der Ackeranteil zugunsten des Grünlandanteils ab. Dann kehrte sich die Entwicklung um; nunmehr zeigt sie einen dem Hügelland vergleichbaren Verlauf. Untergliedert man den Hauptnaturraum der Marsch weiter, so ergeben sich auch hier uneinheitliche Veränderungen, wobei der Grünlandanteil im Nordfriesischen und Eiderstedter Raum verstärkt zurückgeht, in Dithmarschen und der Holsteinischen Elbmarsch dagegen ansteigt oder gleich bleibt.

Die Wandlungen der Bodennutzung zwischen den Hauptnaturräumen kommen auch in der relativen (1957 = 100) Veränderung des Grünland- und korrespondierend des Ackeranteils an der LF (Bild 2) zum Ausdruck. Besonders deutlich wird, daß sich die Entwicklung in den letzten 5 bis 10 Jahren beschleunigt

Veränderung des Acker- und Grünlandanteils an der landwirtschaftlichen Nutzfläche



hat. Die Ursache liegt außer in einer unterschiedlichen Betriebsgrößenstruktur vor allem in den ackerbaulich und züchterisch bedingten Ertragsfortschritten im Marktfruchtbau auf den guten Böden des Hügellandes und der pflugfähigen Marsch einerseits und der günstigen Entwicklung der Erzeugerpreise bei Milch und Rindfleisch für die Futterbaubetriebe andererseits.

Als Weide genutzte Grünlandflächen sind in den Marschen wesentlich stärker verbreitet als in den übrigen Naturräumen, doch zeigt der Umfang ausschließlicher Weidenutzung eine leicht rückläufige Tendenz. Wenn auch die Vergleichbarkeit im Zeitablauf durch die 1970 veränderten Erhebungsmerkmale beeinträchtigt wird, so ist allgemein eine gewisse Verlagerung von den Dauerweiden und -wiesen zu den Mähweiden erkennbar.

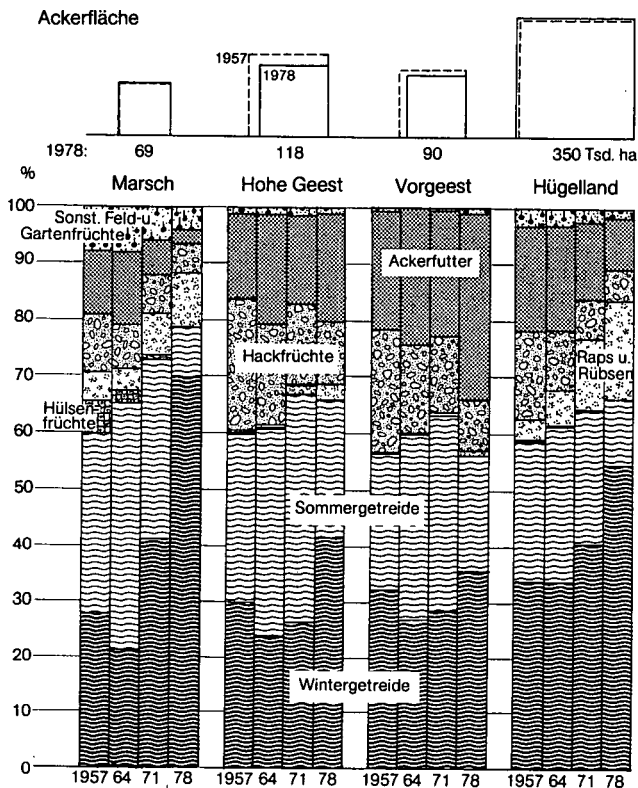
Anbau auf dem Ackerland

Auf einer Ackerfläche von annähernd 628 000 ha wurden 1978 in Schleswig-Holstein 416 000 ha Ge-

treide, 72 000 ha Raps und Rüben, 45 000 ha Hackfrüchte, 85 000 ha Ackerfutterpflanzen sowie 10 000 ha sonstige Kulturen angebaut. Seit 1957 nahm die Fläche mit Getreide um 20 000 ha und die mit Raps und Rüben um 55 000 ha zu, während der Anbau der Hackfrüchte um 75 000 ha auf gut ein Drittel der ursprünglichen Fläche und der Ackerfutterbau um 31 000 ha eingeschränkt wurden. Der Anbau von Hülsenfrüchten, der 1957 noch 6 000 ha betragen hatte, wurde bis auf eine Fläche von wenigen hundert Hektar praktisch aufgegeben. Im Landesmittel stieg von 1957 bis 1978 der Anteil des Getreides an der Ackerfläche von 59 % auf 66 % und der der Öfrüchte von knapp 3 % auf gut 11 %, während er bei den Hackfrüchten von 18 % auf 7 % und beim Ackerfutter von 17 % auf 14 % abnahm. Sonstige Kulturen (Hülsenfrüchte, Feldgemüse, Rüben- und Grassamenanbau u. a.) machten 1957 knapp 4 % und 1978 weniger als 2 % der Ackerfläche aus. Während sich der Rückgang des Hackfruchtanbaus über den gesamten Betrachtungszeitraum ziemlich gleichmäßig vollzog, lassen sich für die anderen Kulturarten zwei wesentliche Entwicklungsphasen erkennen, deren fließender Übergang Mitte bis Ende der 60er Jahre lag. Bis zu diesem Zeitpunkt verstärkte sich der Ackerfutterbau vorübergehend auf knapp 20 % der Ackerfläche und es bestanden vorerst nur geringe Zuwachsraten bei den Getreide- und Öfruchtflächen. Diese wurden bei einem dann folgenden rückläufigen Ackerfutterbau verstärkt ausgeweitet, wobei die Getreidefläche 1975 ihre größte Verbreitung erreichte und im Öfruchtanbau offenbar nach wie vor die Tendenz für eine weitere Ausdehnung besteht.

In Bild 3 lassen sich für die vier Hauptnaturräume unterschiedliche Entwicklungen deutlich erkennen. Zu Beginn der Zeitreihen unterschied sich ihr Getreideanteil an den Fruchtfolgen nicht sehr wesentlich. Geest und Hügelland wiesen einen starken Hackfrucht- und Ackerfutteranbau auf; in der Marsch gab es daneben auch erhebliche Hülsenfrucht-, Öfrucht- und Feldgemüseanbauflächen. In der Folgezeit erhöhte sich der Anteil des Getreides auf der Vorgeest vorübergehend, pendelte sich dann aber auf seinem ursprünglichen Niveau wieder ein. Auf der Hohen Geest und im Hügelland stieg die Getreidefläche auf zwei Drittel und in der Marsch auf drei Viertel der Ackerfläche an. Dabei verminderte sich — neben der nahezu vollständigen Aufgabe des Hülsenfruchtanbaus — die Hackfruchtfläche auf annähernd die Hälfte (Marsch, Geest) bis auf ein Drittel (Hügelland) des früheren Umfangs. Der Ackerfutterbau im Hügelland halbierte sich in den beiden letzten Zeitabschnitten, in der Marsch ging er auf einen Rest von nur noch 2 % zurück. Dieser Verlust an Blattfrüchten, denen im Gegensatz zu den abtragenden

Anbauverhältnisse auf dem Ackerland in den Naturräumen 1957 bis 1978



umgekehrt in den von Natur her schon grünlandreichen Gebieten zu dessen Aufstockung.

Wandel im Getreidebau

Wie aus Bild 3 weiterhin ersichtlich ist, vollzog sich im Zeitablauf in allen Naturräumen eine starke Verschiebung von den Sommer- zu den Wintergetreidearten. Ihr Flächenverhältnis erweiterte sich dabei von 1957 bis 1978 im Landesmittel von annähernd 1 : 1 auf 1 : 3. Wesentliche Ursache für diese Umschichtung war, daß sich das Wintergetreide (Winterweizen, -gerste und -roggen) aufgrund durchschlagender Fortschritte auf den Gebieten der Züchtung, der Pflanzenernährung, des Pflanzenschutzes und des allgemeinen Ackerbaus gegenüber den Sommergetreidearten (Hafer, Sommerweizen, -gerste und -roggen) erheblich ertragreicher und ertragsicherer erwies. Voraussetzung für die Ausweitung des Wintergetreideanbaus war aber auch, daß in der Fruchtfolge die späträumenden Hackfrüchte (Kartoffel, Zuckerrübe, Futterrübe) entweder durch frühreifende Öfrüchte – vor allem Winterraps – ersetzt wurden oder daß durch Erhöhung des Getreideanteils Halmfrucht auf Halmfrucht zur Aussaat kam. Ersterer Weg wurde im Hügelland, letzterer in der Marsch besritten. Durch den nach wie vor hohen Anteil späträumender Futterhackfrüchte (Runkelrüben) und Ackerfutterpflanzen (Grünmais) an der Ackerfläche ist der Sommergetreideanbau auf der Geest weiterhin stärker als in den anderen Naturräumen – wenn auch mit abnehmender Tendenz – verbreitet. Zu berücksichtigen ist bei dieser Betrachtung jedoch, daß die Witterung während des letzten Zeitabschnitts eine ausgesprochen gute Herbstbestellung zuließ und nur geringe Auswinterungsschäden hervorrief.

Getreidearten eine entscheidende, die Bodenfruchtbarkeit erhaltende, fördernde oder wiederherstellende Wirkung in der Fruchtfolge zukommt, wurde in der Marsch und im Hügelland teilweise durch einen vermehrten Öfruchtanbau, auf der Geest durch einen seit 1973 stetig ansteigenden Ackerfutterbau ausgeglichen. Somit gehen im Hügelland und in Teilen der Marsch Ausweitung des Ackerbaus mit Einschränkung des Ackerfutterbaus, auf der Geest Neuanlage von Dauergrünland mit Verstärkung des Ackerfutterbaus einher. Die Ursache dieser Umschichtungen liegt in der relativen Vorzüglichkeit des flächenextensiven Marktfruchtanbaus auf den durch hohe Erträge und Ertragsicherheit gekennzeichneten Braunerdestandorten in den Moränengebieten der letzten Vereisung und auf den pflugfähigen Marschen in den jüngeren Kögen sowie in der relativen Vorzüglichkeit des Betriebszweiges Futterbau-Rindviehhaltung auf den Podsol-, Moor- und Niederungsstandorten in den mittleren bis westlichen Landesteilen. Auf dem Sektor der Viehhaltung führte dies bei ausreichender Betriebsgröße in den Ackerbaugebieten zu einer Abschaffung des Milchvieh- oder des gesamten Rinderbestandes und

Nach Getreidearten gegliedert entfielen 1957 von der Getreidefläche des Landes 32 % auf Winterroggen, 20 % auf Sommergetreide, je 16 % auf Hafer und Winterweizen, je 6 % auf Wintergerste und Sommergerste und zusammen weniger als 5 % auf Sommerweizen und Sommerroggen. Im Vergleich dazu ergaben sich 1978 die folgenden Anteile: 32 % Winterweizen, 26 % Wintergerste, 19 % Winterroggen, 13 % Hafer, 7 % Sommergerste und zusammen weniger als 3 % Sommerweizen, -roggen und -menggetreide. Diese starke Umschichtung lief in mehreren Phasen ab und erfaßte die einzelnen Naturräume in unterschiedlicher Intensität und mit teilweise zeitlicher Verschiebung. Anhand der Bilder 4 bis 7 lassen sich die Anbauveränderungen verfolgen.

Im ersten Zeitabschnitt kam es auf der Geest und im Hügelland zu einem einschneidenden Rückgang des Winterroggenanbaus. Ein verändertes Konsumverhalten der Verbraucher, eine unzureichende Standfestigkeit des Roggenhalmes und von dieser Frucht nicht erfüllbare Ertragserwartungen waren dafür die entscheidenden Gründe. An die Stelle des Winterroggens traten auf den bindigeren Böden des Hügellandes Winterweizen und Wintergerste, auf den leichteren Standorten der Geest die Sommergerste.

Da der Mähdrusch, der das noch in den 50er Jahren vorherrschende Hocken-Binder-Verfahren und den vorübergehend praktizierten Schwaddrusch zunehmend ersetzte, eine möglichst gleichzeitige Abreife eines Bestandes erfordert, verschwand das ursprünglich aus Gründen der Ertragssicherheit angebaute Sommermenggetreide (Mischanbau von Hafer, Sommergerste und -roggen) bis auf geringe Restflächen aus den Fruchtfolgen. Die Entwicklung nahm im Hügelland ihren Anfang und griff mit gewisser zeitlicher Verzögerung auf die anderen Naturräume über. Ersatzfrüchte bildeten im allgemeinen die bisherigen Hauptbestandsbildner Hafer und Sommergerste und zu einem geringen Anteil auf guten Standorten des Hügellandes auch der Sommerweizen sowie auf armen humusreichen Geeststandorten der Sommerroggen.

Die Sommergersteflächen erreichten in Schleswig-Holstein 1966 mit 62 000 ha und die Haferflächen 1969 mit 116 000 ha ihre größte Verbreitung. Aufgrund verbesserter Bekämpfungsmöglichkeiten der Blattkrankheiten (Mehltau) ersetzte man in der Folge auf den ertragreichen Standorten von Hügelland und Marsch die Sommer- durch die Wintergerste.

Auch der Haferanbau war in den letzten 9 Jahren stark rückläufig, wobei die Entwicklung in der Marsch einsetzte und dann auch das Hügelland und die Geest erfaßte. Wenn auch der Fruchtfolgewert des Hafers in getreidereichen Fruchtfolgen nach wie vor unbestritten ist, wurde er dennoch durch andere Getreidearten verdrängt, da seine unzureichende Standfestigkeit bei steigendem Düngungsniveau den Ertragsfortschritt im praktischen Haferanbau zu sehr begrenzte oder hemmte.

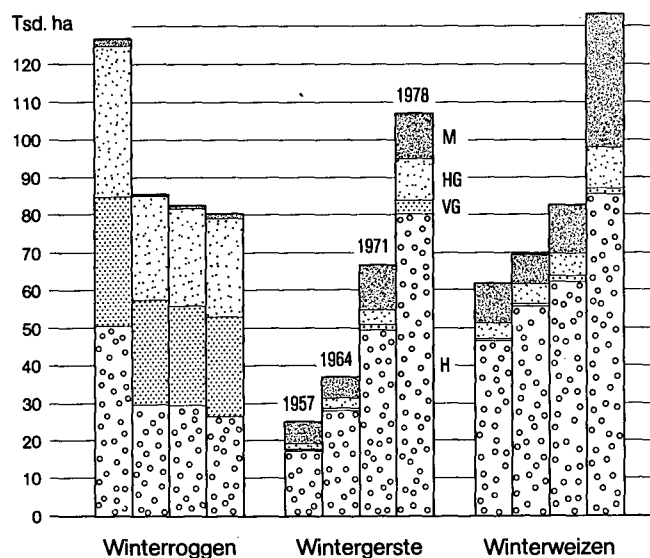
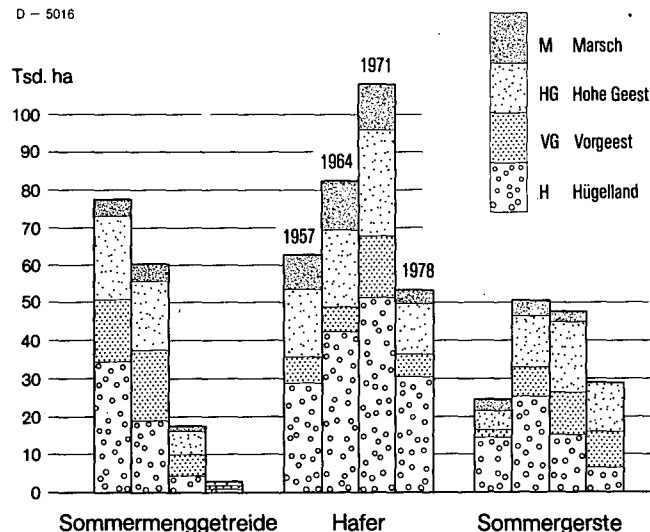
Im Gegensatz dazu konnte durch Anwendung von Wachstumsregulatoren und damit verbunden höheren Stickstoffgaben das Ertragsniveau des Winterweizens beträchtlich angehoben werden. Dies hatte daher in den letzten 10 Jahren eine einzigartig rasche Flächenzunahme bei dieser Getreideart zur Folge. Sie erreicht inzwischen im Hügelland einen Anteil an der Getreide-

Getreideanbau

Bild 4

Schleswig-Holstein davon

D - 5016



fläche von 37 % und in der Marsch von 65 %. Mit einem Anteil von 34 % kommt die Wintergerste im Hügelland der Anbaudichte des Winterweizens sehr nahe, fiel aber in der Marsch infolge größerer Anfälligkeit gegenüber Bodenverschlammung und pilzlichen Schaderregern leicht auf 22 % der Getreidefläche zurück.

In jüngster Zeit erhöhten sich auch auf der Geest zunehmend die Winterweizen- und Wintergerstenflächen zu Lasten des Hafer- und Sommergerstenanbaus. Die gemeinsame Anwendung von Wachstumsregulatoren, erhöhter Stickstoffdüngung, Pflanzenschutzmaßnahmen zur Bekämpfung von Fuß-, Blatt- und Ährenkrankheiten und eine allgemein steigende Bodenfruchtbarkeit (Krumenvertiefung, Nährstoffanreicherung, Intensivierung des Stoffumsatzes) haben

bewirkt, daß die hinsichtlich der Bodengüte anspruchsvolleren Getreidearten auch auf den von Natur her weniger ertragfähigen Böden verstärkt Eingang finden.

Ausweitung des Ölfruchtanbaus

Der Ölfruchtanbau wird in Schleswig-Holstein derzeit zu mehr als 95 % durch den Winterraps bestimmt. Er ist einerseits eine beim Anbau und bei der Ernte gut mechanisierbare Körnerfrucht, stellt andererseits eine die Fruchtfolge auflockernde Blattfrucht dar, und sein Erzeugerpreis ist — dem Getreide vergleichbar — durch eine EG-Marktordnung abgesichert. In den Marktfrochtbetrieben auf den Grundmoränen Fehmarns und dem vorgelagerten Festland fand der Rapsanbau daher rasche Verbreitung und kann dort z. T. im Wechsel mit Wintergerste als Vorfrucht und Winterweizen als Nachfrucht ein Viertel bis ein Drittel der Ackerfläche einnehmen. Im weiteren Zeitverlauf hat sich der Rapsanbau auf die Endmoränengebiete des Hügellandes und z. T. auf die Altmoränen der Geest ausgedehnt, stößt dort aber nach wie vor noch auf seine durch die Bodengüte bestimmten Anbaugrenzen. In der Marsch hat der Rapsanbau zwar auch zugenommen, erreicht dort aber aufgrund höherer Anfälligkeit gegenüber dem Rapskrebs und stärkerer Vegetationsschädigung im Winter unter den maritimen Witterungsbedingungen nicht die Anbaudichte der Ostküste. Die stetige Aufwärtsentwicklung im Rapsanbau Schleswig-Holsteins wurde lediglich in den Jahren 1975 und 1976 infolge geschlossener Umstellung auf erucasäurearme Sorten kurz unterbrochen.

Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung hatten in der Vergangenheit nur in der Marsch (1957: 5 % der Ackerfläche) eine Bedeutung. Hierbei handelte es sich im wesentlichen um Ackerbohnen, meist im Gemenge mit Hafer für Futterzwecke. Der hohe Arbeitsaufwand und die Ertragsunsicherheit lassen diese Anbauform — trotz hohen Vorfruchtwertes dieser Kultur und hohen Futterwertes des eiweißreichen Ernteproduktes — nicht mehr zu.

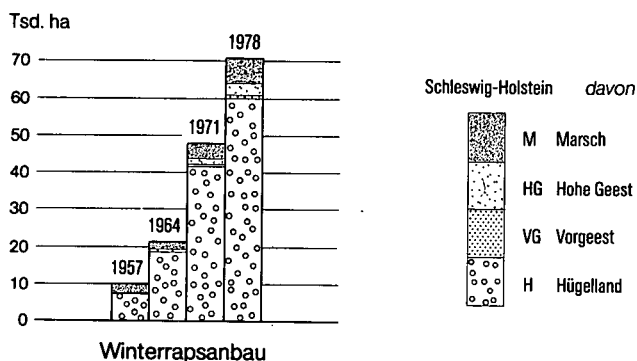
Schrumpfender Kartoffel- und Futterhackfruchtanbau

Die Kartoffeln stellten in der Vergangenheit neben den Futterhackfrüchten einen wesentlichen Fruchtbarkeitsfaktor leichter Standorte dar und hatten auch als Verkaufsfrucht eine entscheidende Bedeutung. Infolge hohen Arbeitsaufwandes und fehlender EG-Marktordnung erlag der Kartoffelanbau im Laufe der Zeit einem stetigen Verdrängungswettbewerb, wobei sich der Flächenumfang von Zeitspanne zu Zeitspanne des Bildes annähernd halbierte.

Dagegen konnte sich der Zuckerrübenanbau insgesamt ausweiten und erreichte 1976 mit 24 000 ha seinen größten Umfang, wobei er in der Marsch weitgehend stagnierte, aber außer im Hügelland auch auf der Geest verstärkt Eingang fand. Umstellung auf Einzelkornaussaat mit Endabstand, Herbizideinsatz, vollmechanisierte Ernte und gesicherte Erzeugerpreise begünstigten diese Entwicklung. In den beiden letzten Jahren war die Zuckerrübenfläche — absatzbedingt und durch Vertragsquoten der aufnehmenden Fabriken geregelt — wieder leicht rückläufig.

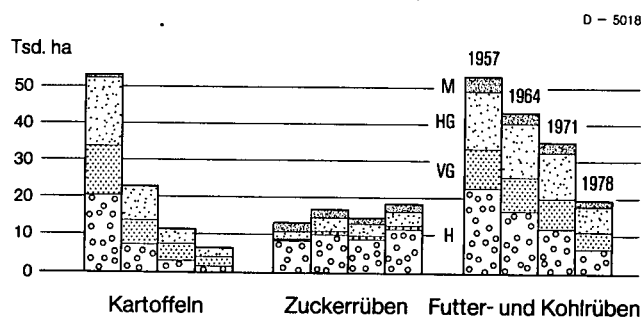
D - 5017

Bild 5

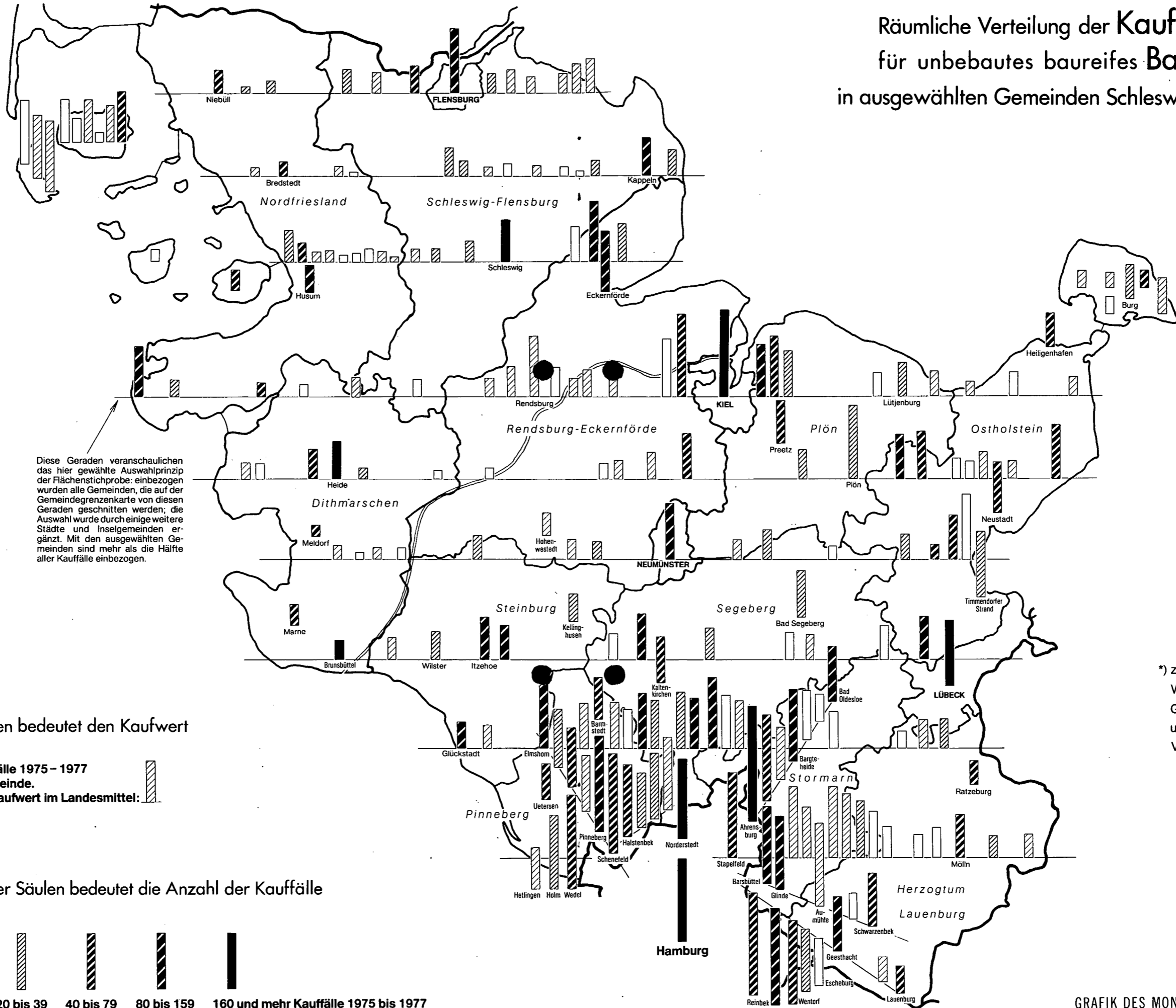
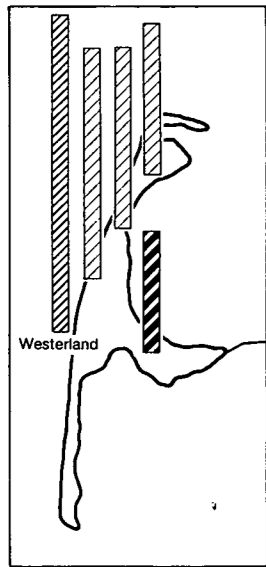


Hackfruchtanbau

Bild 6



Räumliche Verteilung der Kaufwerte für unbebautes baureifes Bauland* in ausgewählten Gemeinden Schleswig-Holsteins

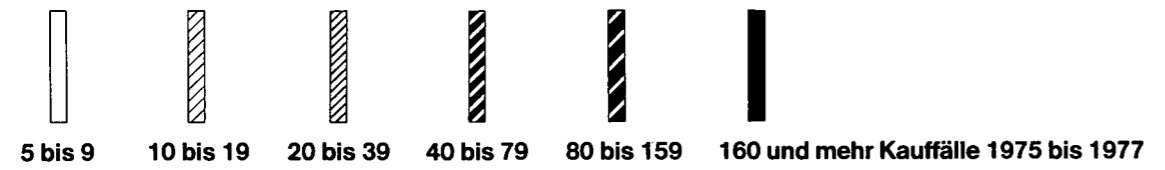


Diese Geraden veranschaulichen das hier gewählte Auswahlprinzip der Flächenstichprobe: einbezogen wurden alle Gemeinden, die auf der Gemeindegrenzenkarte von diesen Geraden geschnitten werden; die Auswahl wurde durch einige weitere Städte und Inselgemeinden ergänzt. Mit den ausgewählten Gemeinden sind mehr als die Hälfte aller Kauffälle einbezogen.

Die Höhe der Säulen bedeutet den Kaufwert
auf den m² bezogen
und im Mittel aller Kauffälle 1975 - 1977
in der betreffenden Gemeinde.
Als Maßstab dient der Kaufwert im Landesmittel:



Die Rasterfläche der Säulen bedeutet die Anzahl der Kauffälle



*) zur Nutzung als
Wohnbauland,
Gemeinschaftsflächen
und Flächen für
Ver- und Entsorgung

Futterhackfrüchte wurden jahrzehntelang in der Milchviehfütterung eingesetzt und sind in Hochleistungsbeständen nur bedingt durch andere Feldfrüchte substituierbar. Trotzdem gingen die Anbauflächen kontinuierlich zurück. Dabei wurde der auf der Geest durch Auspflanzen betriebene, bei der Ernte schwer mechanisierbare Kohl-(Steck-)rübenanbau wegen seines nicht mehr vertretbaren Arbeitsaufwandes praktisch aufgegeben. Dagegen hat sich der Runkelrübenanbau, der 1957 und 1964 rund 25 000 ha ausmachte und bis 1971 vorübergehend auf 28 000 ha anwuchs, mit noch 18 000 ha im Jahre 1978 auf einem hohen Anbauniveau halten können. Auch hier herrscht wie im Zuckerrübenanbau vereinzelungsfreie Einzelkornaussaat vor, Pflege, Ernte sowie die Futteraufbereitung sind weitgehend mechanisiert, und man erzielt hohe Trockenmasseerträge je ha.

Sonderkulturen haben in Schleswig-Holstein seit jeher einen geringen Anteil an der Ackerfläche. Die größte Bedeutung kommt dabei der Gruppe „Gemüse und Erdbeeren“ zu. Ihr Flächenumfang verringerte sich von 11 000 ha auf 6 000 ha, die Anbauschwerpunkte liegen nach wie vor im Raum Ostholstein, Dithmarschen und der Holsteinischen Elbmarsch.

Substitution unter den Futterpflanzen

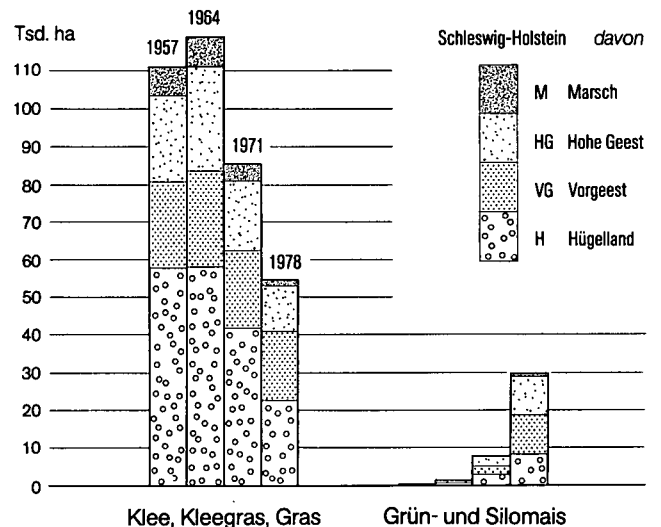
Unter den Futterpflanzen ging der Anbau von Klee, Klee gras und Feld gras seit Mitte der 60er Jahre auf knapp die Hälfte zurück. Hierbei war die Abnahme in der Marsch relativ am stärksten, setzte sich später aber auch im Hügelland und auf der Hohen Geest erheblich fort. Nur in der Vorgeest war der Rückgang schwächer ausgeprägt. Aufgrund der Unverträglichkeit von Klee grasuntersaaten mit dem Getreidemähdresch und dem Herbizideinsatz hat sich im wesentlichen nur der Feldgrasanbau mit vorhergehender Stoppelansaat halten können. In der Marsch und im Hügelland dienten die durch Aufgabe des Ackerfütterbaus freigesetzten Ackerflächen einem verstärkten Marktfruchtanbau (Getreide, Winter rap), auf der Geest dagegen der Neuanlage von Dauergrünland und einer Ausweitung der Silomais erzeugung.

Der Silomais stellt eine für Schleswig-Holstein noch junge Kulturpflanze dar, die sich erst seit zehn Jahren durch die Erfolge der modernen Hybridzucht für den Anbau im hiesigen Klimaraum eignet und seitdem eine starke Verbreitung — vornehmlich auf der Geest — erreichte. Neben seinen großen Trockenmasseerträgen

Ackerfutterpflanzenanbau

Bild 7

D - 5019



und seinem hohen Futterwert bot der Silomais aufgrund seiner geringen Ansprüche an Fruchtfolge und Bodengüte sowie seiner Mechanisierbarkeit eine vorteilhafte Alternative zum Futterhackfrucht- und Klee gras/Gras-Anbau.

Ausblick

Die vorliegende Auswertung hat gezeigt, daß sich in der Bodennutzung Schleswig-Holsteins und seiner Naturräume in den zurückliegenden gut 20 Jahren ein starker und steter Wandel vollzog. Unterschiedliche Bodengüte und Ertragsfähigkeit, Anbau- und Zuchtfortschritte sowie arbeits- und marktwirtschaftliche Einflüsse waren die entscheidenden Bestimmungsgründe für die teilweise umwälzenden Anbauveränderungen unter den verschiedenen Kulturarten. Als Wegbereiter dieser Entwicklungen erwiesen sich in hohem Maße die großen Ackerbaubetriebe im Osten und Westen des Landes, deren vorteilhafte Erfahrungen sich alsbald im Hügelland und in der Ackermarsch allgemein verbreiteten und schließlich auch auf der Geest Eingang fanden. Ein überregionaler Vergleich zeigt, daß sich im gesamten Bundesgebiet vergleichbare Veränderungen — wenn auch mit unterschiedlicher Intensität — vollzogen haben.

Dr. Hans-Siegfried Grunwaldt

Weitere Angaben siehe Stat. Berichte C I 1 und C III.

Getreideernte 1978 und Ertragsentwicklungen bei Getreide in den vier Hauptnaturräumen

Die Getreideernte Schleswig-Holsteins 1978 ist durch drei Faktoren besonders beeinflusst worden:

- die starke Ausdehnung der Anbauflächen der ertragreichsten Getreidearten Winterweizen und Wintergerste,
- die lange Vegetationsperiode und damit zusammenhängend hohe Hektarerträge aller Getreidearten
- die extrem schwierigen Erntebedingungen und teilweise witterungsbedingte Mengen- und Qualitätsverluste bei den späten Getreidearten und -sorten.

Die erstgenannten Einflußgrößen wirkten sich durchschlagend aus, so daß trotz geringfügig kleinerer Getreideanbaufläche und stellenweiser Totalverluste die Gesamtgetreideernte mit 2,21 Mill. t um 11 % höher ausfiel als im Vorjahr und um 22 % höher als im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre. Im Vergleich zu 1950 wurde 1978 in Schleswig-Holstein bei einer um 20 % größeren Anbaufläche und einem um durchschnittlich 135 % gesteigerten Getreideertrag annähernd die dreifache Gesamtmenge an Getreide geerntet.

Wenn man annimmt, daß die Getreideanbaufläche insgesamt — wie bereits in den letzten Jahren — eher abnehmen wird als zunehmen, so dürften auch zukünftig die Artenzusammensetzung und die Höhe der Hektarerträge von entscheidendem Einfluß auf die Entwicklung der Getreideernten sein. Sowohl die Anbauentwicklung wie auch die Ertragsentwicklung waren in den Regionen Schleswig-Holsteins nicht einheitlich; auch zukünftig werden sie differenziert ablaufen.

Da für eine langjährige Betrachtung jährliche Daten nicht für die 22 Einzelnaturräume vorliegen, müssen sich die nachfolgenden Darstellungen auf die vier Hauptnaturräume Marsch, Hohe Geest, Vorgeest und östliches Hügelland beschränken, für die ab 1957 jährlich die Anbauflächen, Erträge und Ernten bekannt sind.

Da die wesentlichen Tendenzen der Anbauentwicklung in den Hauptnaturräumen an anderer Stelle (auf Seite 26 in diesem Heft) dargestellt werden, soll dieser Aufsatz lediglich die Ertragsentwicklung behandeln.

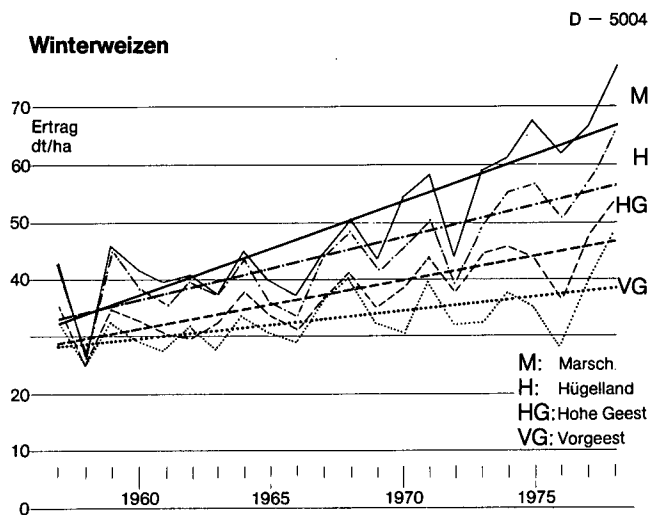
Hektarerträge der wichtigsten Getreidearten im Bundesgebiet, Schleswig-Holstein und den Hauptnaturräumen

Gebiet	Winterweizen	Winterroggen	Wintergerste	Sommergerste	Hafer
Jahr	dt/ha				
Bundesgebiet					
D 1972-77	44,5	34,8	46,3	35,5	35,9
1978	51,3	38,0	50,1	37,3	42,7
darunter					
Schleswig-Holstein					
D 1972-77	52,2	34,1	51,4	33,4	37,8
1978	67,4	39,0	55,6	38,2	44,6
davon					
Marsch					
D 1972-77	60,5	44,3	55,5	41,4	48,8
1978	76,9	47,8	59,8	42,2	52,2
Hohe Geest					
D 1972-77	42,5	32,7	42,9	32,4	32,2
1978	53,0	37,4	45,3	37,4	39,5
Vorgeest					
D 1972-77	34,0	28,3	34,8	28,0	27,2
1978	47,7	35,0	41,9	37,3	38,7
Hügelland					
D 1972-77	51,2	40,1	51,9	38,0	41,5
1978	65,7	44,2	57,0	40,9	47,1

In allen Regionen des Bundesgebietes und innerhalb Schleswig-Holsteins sind die Getreideerträge stetig gesteigert worden. Zwischen den einzelnen Regionen sind die Unterschiede in der absoluten Höhe der Hektarerträge, aber auch in der absoluten und relativen Steigerung beträchtlich. Herausragend sind die schleswig-holsteinischen Ergebnisse bei Winterweizen und Wintergerste, verglichen mit dem Durchschnitt des Bundesgebietes. Diese zwei Getreidearten werden innerhalb Schleswig-Holsteins vorzugsweise auf den besten Standorten der Marsch und des Hügellandes angebaut und erzielten hier auch im Jahre 1978 wieder Höchstserträge.

Mit den übrigen Getreidearten, die zu einem wesentlich höheren Anteil auf nicht so ertragreichen Standorten angebaut wurden, übertraf Schleswig-Holstein den Bundesdurchschnitt nur geringfügig.

Nachfolgend soll die Ertragsentwicklung der einzelnen Getreidearten in den Hauptnaturräumen untersucht werden. Hierzu wurde neben der Ertragsentwicklung der Jahre 1957 bis 1978 die lineare Regressionskurve (-gerade) aus den Werten dieser Jahre errechnet und dargestellt. Lage und Steigung dieser Regressionsgeraden ermöglicht durch (ebenfalls lineare) Extrapolation eine Abschätzung der zukünftigen durchschnittlichen Ertragserwartungen (nicht der effektiven Erträge von Einzeljahren).

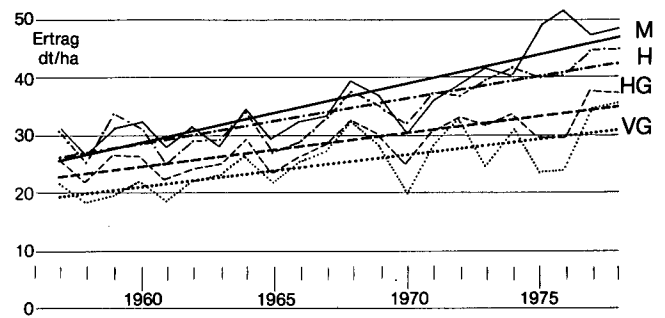


Winterweizen ist die Getreideart mit den höchsten Erträgen in allen Naturräumen. Er steht innerhalb der Fruchtfolgen zumeist an bester Stelle und erzielt beim Verkauf die höchsten Preise. Spitzenerträge und die höchsten Steigerungsraten wurden in der Marsch erzielt. Die Steigerung der Regressionsgeraden in einem Jahr beträgt in der Marsch 1,6 dt/ha, im Hügelland 1,1 dt/ha, auf der Vorgeest jedoch nur 0,5 dt/ha. Während auf der Vorgeest 1957 noch 77 % des Ertrages des Hügellandes erreicht wurden, waren es 1978 nur noch 73 %.

Wesentlich unter den Winterweizenerträgen liegen im Landesdurchschnitt, aber auch in den einzelnen Naturräumen, die Hektarerträge des Winterroggens. Auch die Steigung der Regressionsgeraden ist meist flacher als beim Winterweizen. Eine Ausnahme macht hier die Vorgeest. Hier ist die Steigung der Regressionsgeraden beim Winterroggen etwas stärker als beim Winterweizen. Auch ist in diesem Naturraum der absolute und relative Ertragsunterschied der beiden

Winterroggen

D - 5005



Brotgetreidearten geringer als in den übrigen Naturräumen.

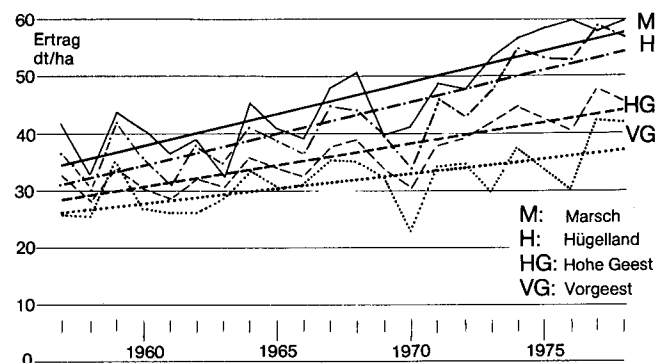
Deutlich zeigt sich hier, daß die relative Vorzüglichkeit des Weizens als der Getreideart mit dem derzeit wohl höchsten Ertragspotential mit der Verschlechterung des Standortes (Bodens) deutlich abnimmt.

Bei der Wertung der absoluten Hektarerträge im Durchschnitt eines Hauptnaturraums ist zu berücksichtigen, daß dem Weizen auch innerhalb einer eng begrenzten Region, ja sogar innerhalb einzelner Betriebe zumeist die besseren Standorte (Felder) zugewiesen werden. Auf die überwiegend günstigere Stellung des Weizens innerhalb der Fruchtfolge wurde bereits hingewiesen.

Die Wintergerste wurde während der letzten 6 Jahre sehr stark im Anbau ausgedehnt. Dabei dürften — insbesondere 1978 — auch Standorte mit einbezogen worden sein, die früher als nicht tauglich für den Wintergerstenanbau gegolten haben. Darüber hinaus hat die Wintergerste 1978 teilweise unter der Verschlämmung

Wintergerste

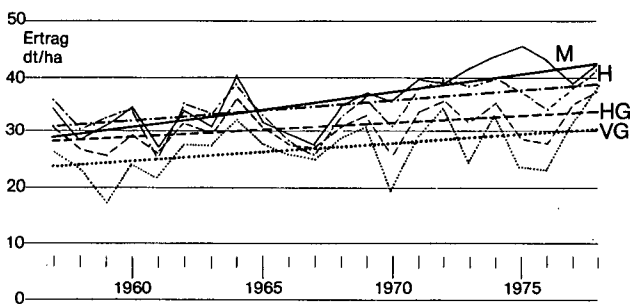
D - 5006



der Böden und unter Fußkrankheiten gelitten. Die Tatsache, daß im Durchschnitt der meisten Naturräume und im Landesdurchschnitt 1978 keine Steigerung des Hektarertrages gegenüber dem Vorjahr festzustellen war, könnte dadurch erklärt werden. Dennoch weist die Wintergerste nach dem Winterweizen in allen Naturräumen die höchsten Hektarerträge und — außer auf der Vorgeest — die größten Steigungen der Regressionsgeraden auf, die nur wenig hinter denen des Winterweizens zurückbleiben (z. B. rd. + 1,1 dt/ha und Jahr im Naturraum Hügelland).

Sommergerste

D - 5007



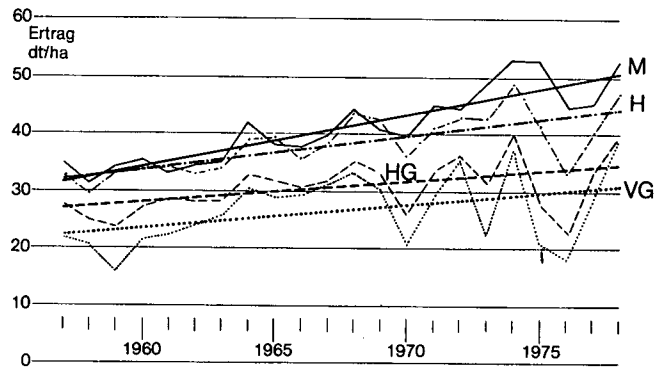
Sieht man einmal von den flächenmäßig unbedeutenden Getreidearten Sommerroggen und Sommergetreide, die hier nicht behandelt werden, ab, so hat die Sommergerste von den übrigen Getreidearten die weitaus niedrigsten Hektarerträge und auch die geringste Steigung der Regressionsgeraden aufzuweisen. Auch hier ist zu beobachten, daß innerhalb der Naturräume die Unterschiede zu den ertragreicheren Getreidearten um so größer sind, je höher in einem Naturraum das Ertragsniveau überhaupt ist.

Hafer nimmt in den Erträgen eine Mittelstellung zwischen Wintergerste und Winterroggen ein, brachte also in den meisten Jahren höhere Hektarerträge im Durchschnitt der Hauptnaturräume als der Winterroggen und niedrigere als die Wintergerste.

Allerdings verläuft die Regressionsgerade in allen Naturräumen flacher als beim Winterroggen, so daß zu vermuten ist — falls die Entwicklung zukünftig gleichartig verlaufen sollte — daß die Winterroggen-erträge sich langfristig denen des Hafers annähern werden, wenn es nicht durch Züchtung oder durch Einsatz chemischer Mittel gelingt, beim Hafer die Lager-

Hafer

D - 5008



anfälligkeit zu reduzieren, die höhere Ertragssteigerungen bisher verhinderte.

Zusammenfassend lassen die Ergebnisse der vergangenen 21 Jahre erkennen, daß

- alle Getreidearten einen steigenden Trend der Hektarerträge aufweisen,
- die Steigung des Trends um so größer ist, je höher der Ertrag — das Ertragspotential — der Getreideart und die Ertragsfähigkeit des Standorts ist.

Eine Abflachung der Kurve des Ertragszuwachses ist gerade bei den Getreidearten und auf den Standorten mit den höchsten Erträgen bisher nicht zu erkennen.

Eine gewisse Stagnation des Durchschnittsertrages von Wintergerste 1978 dürfte mehr durch den Standort als biologisch bedingt sein.

Die relative Vorzüglichkeit der für die Getreideproduktion günstigen Ackerbaustandorte östliches Hügelland und Marsch hat gegenüber den ertragärmeren Standorten der Geest im Verlauf des Beobachtungszeitraums noch erheblich zugenommen.

In Abhängigkeit vom naturgegebenen Acker-/Grünlandverhältnis und von den Entscheidungen der Betriebsinhaber sind die Anteile des Getreideanbaus und des gesamten Marktfruchtanbaus in den Naturräumen der Geest entsprechend den dort geringeren Leistungen wesentlich niedriger als in der Marsch und betragen hier weniger als die Hälfte der Anteile auf dem Hügelland. In der Marsch stand einer stärkeren Ausdehnung des Getreideanteils bisher die starke Verbreitung von Flächen, die aus anbautechnischen Gründen dem absoluten Grünland zugerechnet wurden, entgegen.

Die Anteile der Marktfrucht- und Futterbauflächen in den Hauptnaturräumen 1978

Frucht-/ Nutzungsart	Marsch	Hohe Geest	Vor- geest	Hügel- land	Schl.- Holst.
Landw. genutzte Fläche in 1 000 ha	164,4	312,7	185,2	469,9	1 132,2
darunter in %					
Marktfruchtfläche ¹	38,7	27,8	30,0	65,9	45,5
darunter Getreide	33,2	24,8	27,3	49,6	36,7
Hauptfutterfläche ²	57,8	67,8	68,1	31,2	51,2
darunter Dauergrünland	56,1	58,4	49,5	22,9	41,9

1) Getreide, Körnermais, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Zuckerrüben, Handelsgewächse

2) Dauergrünland, Ackerfutterbau und Futterhackfrüchte

Das unterschiedliche Ertragsniveau der Naturräume und die unterschiedlichen Trends der Ertragsentwicklung haben starken Einfluß auf die Organisation und die Produktionsstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe gehabt. Die Betriebe im Hügelland und auch in der Marsch haben den Marktfruchtanbau, der auf den günstigen Standorten und bei der dort vorherrschenden günstigen Betriebsgrößenstruktur optimale Voraussetzungen für einen guten Betriebserfolg und eine hohe Arbeitsproduktivität bietet, stark ausgedehnt und zum Schwerpunkt ihrer Produktion werden lassen. 28 % der Betriebe und 48 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) im Hügelland waren 1977 der Betriebsform „Marktfruchtbetriebe“ zuzurechnen, darunter 13 % dem Betriebssystem „Spezial-Extensivfruchtbetriebe“ (Getreide-/Rapsproduktion). Auf den Geeststand-

Betriebsformen in den Naturräumen 1977

Naturraum	Betriebsbereich Landwirtschaft			
	insgesamt	darunter in % von Spalte 1		
		Markt- frucht	darunter Spezial- Extensiv- frucht	Futter- bau
Marsch				
Betriebe	5 221	20,4	6,7	64,4
LF	159 555	32,0	11,6	59,4
Hohe Geest				
Betriebe	11 417	7,4	3,1	78,0
LF	300 795	8,9	3,2	84,2
Vorgeest				
Betriebe	5 828	6,2	3,0	79,3
LF	179 093	6,3	2,2	86,8
Hügelland				
Betriebe	12 910	27,6	13,3	51,9
LF	455 155	48,2	26,3	38,3

orten dagegen hat der Marktfruchtanbau und damit der Getreideanbau nur eine untergeordnete Rolle. Lediglich 7 % der Betriebe mit rd. 8 % der LF dieser Naturräume waren 1977 der Betriebsform „Marktfruchtbetriebe“ zuzurechnen und nur 3 % der Betriebe dem Betriebssystem „Spezial-Extensivfruchtbetriebe“. Das Einkommen der Mehrzahl der Geestbetriebe stammt aus dem Futterbau (und der Veredelung). 1977 gehörten von den 17 245 Betrieben der Geest 78 % der Betriebsform „Futterbaubetriebe“ an.

Dr. Matthias Sievers

Reform der Bautätigkeitsstatistik

Die amtlichen Statistiken zum Baugeschehen lassen sich mit einiger Unschärfe in angebots- und nachfrageorientierte einteilen. Auf das Angebot an Bauleistungen beziehen sich die Erhebungen, die, innerhalb des

Berichtssystems des Produzierenden Gewerbes, für das Bauhaupt- und das Ausbaugewerbe bei den berichtspflichtigen Unternehmen und Betrieben dieses Wirtschaftsbereichs geführt werden. Über die Nach-

frage nach Bauleistungen unterrichten die als „Bautätigkeitsstatistiken“ bezeichneten Erhebungen über Baugenehmigungen, Baufertigstellungen und Bauüberhang. Die folgende Übersicht soll anhand der Phasen

eines Bauvorhabens die unterschiedlichen Ansätze der Bautätigkeits- und der Baugewerbestatistiken verdeutlichen:

Realisierungsgrad des Bauvorhabens	Bautätigkeitsstatistik		Berichtssystem Bauhauptgewerbe	
	Erhebung	Periodizität	Erhebungsmerkmal	Periodizität
Planung	Baugenehmigungen	monatlich	Auftragseingänge	monatlich
Im Bau	Bauüberhang (zum Stichtag 31. 12.)	jährlich	geleistete Arbeitsstunden	monatlich
			Auftragsbestand (am Quartalsende)	vierteljährlich
Abschluß	Baufertigstellungen	monatlich	Umsatz	monatlich

Die Baugewerbestatistiken liefern bestimmte Merkmale zwar auch in der Untergliederung nach Bauarten wie z. B. Wohnungsbau oder Straßenbau, orientieren sich dabei aber an der Darstellung der Kapazitäten und ihrer Auslastung und sind vornehmlich zur Beobachtung der Baukonjunktur und der Veränderung der Betriebsstruktur konzipiert. Die Bautätigkeitsstatistiken dagegen knüpfen am Verwaltungsakt der Baugenehmigung und der Schlußabnahme durch die Baubehörde an. Sie sind, was die Genehmigungen betrifft, Frühindikator für die Nachfrageentwicklung auf dem Bauproduktmarkt und somit ebenfalls für die Beurteilung der Baukonjunktur von großer Bedeutung. Da zusammen mit der Genehmigung bereits alle Daten des Bauvorhabens erfaßt werden, liefern die Bautätigkeitsstatistiken aber auch Informationen über die Veränderungen der Gebäude- und Wohnungsstruktur und erfüllen die Aufgabe, total und detailliert über denjenigen Teil unserer geplanten oder realisierten Produktion Auskunft zu geben, der den menschlichen Lebensbereich am stärksten und am nachhaltigsten beeinflußt.

Die Reform der Statistiken im Produzierenden Gewerbe gehört weitgehend der Vergangenheit an, die der Bautätigkeitsstatistiken ist z. Zt. in vollem Gange. Das Zweite Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Gebäudebestandes (2. BauStatG) wurde am 27. Juli 1978 verkündet (BGBl. I S. 1118) und trat am 1. Januar 1979 in Kraft. Die vorher gültige alte Rechtsgrundlage (BauStatG) stammte aus dem Jahre 1960 (BGBl. I S. 704). Das alte Gesetz wurde nicht novelliert, sondern durch ein neues ersetzt. Für die Beurteilung der Bau-

tätigkeit und die Schlußfolgerungen daraus hatten sich so viele neue Gesichtspunkte sowohl hinsichtlich der konjunkturellen Bedeutung als auch der Rückwirkung auf Planungsmaßnahmen ergeben, daß eine Überarbeitung des Merkmalskatalogs und des Tabellenprogramms dieser Statistiken dringend erforderlich wurde, um die Berichterstattung auf einen aktuellen, praxisgerechten Stand und in eine moderne Form zu bringen.

Entscheidendes Ziel der Aktualisierung der Bautätigkeitsstatistik war die stärkere Betonung oder Neueinführung von städtebaulich relevanten Inhalten sowie die Anpassung der wohnungsorientierten Merkmale an besondere Entwicklungen mit eigenständiger Bedeutung. So soll künftig die Statistik der Bautätigkeit nicht nur die traditionellen, mehr technischen Informationen über das Baugeschehen liefern, sondern in Ergänzung hierzu auch die städtebauliche Einordnung eines Bauvorhabens nachweisen; dafür wird die Zugehörigkeit des Baugrundstücks zu den Gebietskategorien im Sinne des Bundesbaugesetzes, der Baunutzungsverordnung und des Städtebauförderungsgesetzes mit erfaßt.

Durch die Reform soll auch der Nichtwohnbau wegen seiner Bedeutung für den Infrastrukturbereich intensiver in die Beobachtung einbezogen werden. Dazu gehört vor allem ein gegenüber der bisherigen Erfassung wesentlich differenzierterer Nachweis der Art der Nichtwohngebäude. Auf dem Wohnungssektor sind es die Sonderformen des Wohnens in Gebäuden mit Eigentumswohnungen, in Ferien- und Wochenendwohnungen, in Zweitwohnungen und in Wohnheimen, deren

regional sehr unterschiedliche Bedeutung den getrennten Nachweis verlangt, wenn realistische Vorstellungen über den örtlichen Wohnungsbestand und Wohnungsbedarf gewonnen werden sollen. Darüber hinaus hat man selbstverständlich die Gelegenheit genutzt, die Fragen zur Art und Ausstattung der Gebäude und Wohnungen den veränderten Verhältnissen anzupassen. Auf Wunsch der Gemeinden sind auch die nachgewiesenen Pkw-Stellplätze in den Merkmalskatalog des 2. BauStatG aufgenommen worden.

Ein besonderes Problem war bisher die ordnungsgemäße Erfassung der Gebäude- und Wohnungsabgänge. Ihre Kenntnis ist nicht nur zur einwandfreien Fortschreibung des Wohnungsbestandes erforderlich, sondern sie gibt auch Aufschluß über die Veränderungen bei der Nutzung des Gebäudebestandes, über den Umfang der echten Abrisse aufgrund von Baumängeln oder gezielter Flächen- oder Objektsanierung und über die Umwandlung von Wohnraum in anderen Nutzraum. Um die Erfassung zu verbessern wird eine besondere Abgangszählkarte eingeführt, und um die Vollständigkeit der Ergebnisse zu sichern sind die Gemeinden mit auskunftspflichtig. Die Gemeinden dürften für ihre Planungstätigkeit auch selbst an einer vollständigen Information über die Veränderungen in der Gebäudesubstanz interessiert sein.

Das 2. BauStatG ist erst relativ spät verabschiedet worden, weil es im parlamentarischen Verfahren über die einzubeziehenden Merkmale noch unterschiedliche Auffassungen bei Bundesregierung und Bundesrat gab. In der Diskussion stand besonders auch die Statistik über die Auftragsvergaben im Tiefbau, die letztlich dann nicht mehr in das 2. BauStatG übernommen wurde; dieses Gesetz hat lediglich die statistische Erfassung des Hochbaus zum Inhalt.

Trotz der späten Verabschiedung mußte daran festgehalten werden, daß die Reform bereits zum 1. Januar 1979 in Kraft tritt, weil sonst die Verzahnung mit der für 1981 vorgesehenen Totalzählung der Gebäude und Wohnungen (GWZ) gefährdet wäre. Im 2. BauStatG ist auch angeordnet, den Bestand an Gebäuden und Wohnungen jährlich fortzuschreiben; bisher geschah dies in allen Bundesländern freiwillig anhand der Fertigstellungsergebnisse. Darüber hinaus eröffnet die Reform die Möglichkeit, daß interessierte Städte und Gemeinden entweder selbst oder über die Bauämter in den Erhebungsbogen eine Signatur zur kleinräumlichen Darstellung hinzufügen. Mit Hilfe dieser Signaturen können Angaben über Gemeindeteile oder, bei entsprechend höherem Signieraufwand, auch über Blöcke und Blockseiten ins Einzeldatenmaterial der Bautätig-

keitsstatistiken aufgenommen werden. Mit den Fertigstellungsergebnissen der Jahre ab 1981 können dann die Bestandszahlen der GWZ 1981 auch für kleine Räume fortgeschrieben werden. Um diese Bereicherung der Daten 1981 bei den Fertigstellungen zu realisieren, muß sie aber spätestens 1979 bei den Genehmigungen ins Werk gesetzt werden, denn die ab 1981 fertig werdenden Bauwerke sind bereits in den Jahren davor genehmigt worden, und bei dieser Gelegenheit werden — nach wie vor — die Angaben über das Bauvorhaben ermittelt, die auch seiner Kategorisierung bei der Fertigstellung dienen. Wegen des unter Umständen mehrjährigen Zeitabstandes zwischen Baugenehmigung und Fertigstellung ist also in der Umstellung auf die reformierten Erhebungsinhalte ein entsprechender Vorlauf der einen vor der anderen Statistik unumgänglich.

Daß das 2. BauStatG am 1. Januar 1979 in Kraft trat, ist unter diesem Gesichtspunkt relativ spät, weil sicherlich viele Bauvorhaben der Fertigstellungsjahrgänge ab 1981 bereits 1978 oder früher von den Baubehörden freigegeben wurden und somit im Datenbestand der Statistik nur mit altem Merkmalskatalog und lediglich mit der Gemeinde als Regionalangabe enthalten sind. Entsprechende Nacherhebungen werden sich 1981 und wohl auch noch 1982 deshalb kaum vermeiden lassen.

Die geschilderte Umstellungsproblematik hat außerdem zur Folge, daß die Fertigstellungsergebnisse der Jahre 1979 und 1980 noch mit den alten Merkmalen dargeboten werden; dies gilt auch für Fertigstellungsmeldungen, denen eine Baugenehmigung nach dem 1. Januar 1979 zugrunde liegt. Ihre Daten können umgesetzt werden, denn der reformierte Merkmalskatalog schließt alle bisher erhobenen Tatbestände ein, so daß auch Zeitreihenvergleiche ungestört bleiben.

Die bereits erwähnte gesetzliche Verpflichtung aus dem 2. BauStatG, daß die Statistischen Landesämter den den der jeweils letzten allgemeinen Zählung von Gebäuden festgestellten Bestand fortzuschreiben, erstreckt sich regional auf die Kreise, die kreisfreien Städte und die kreisangehörigen Gemeinden und sachlich auf ausgewählte Merkmale. Damit diejenigen Gemeinden, die einen detaillierteren Ausweis der Merkmale und die erwähnte kleinräumliche Darstellung wünschen, dazu in die Lage versetzt werden, dürfen ihnen Einzelangaben aus der Bautätigkeitsstatistik vom Statistischen Landesamt übermittelt werden.

Die Weiterleitung ist nur zulässig

- auf Anforderung

- an die eigene Gemeinde
- zweckgebunden für die Regionalplanung, für die gemeindliche Planung, für den Städtebau oder den Umweltschutz.

Aus diesen Angaben gewonnene Erkenntnisse dürfen weder zu Maßnahmen gegen den einzelnen Auskunftspflichtigen noch zu steuerlichen Zwecken verwendet werden. Mit der Weiterleitungsmöglichkeit von Einzelangaben ist der Erfassung der Bautätigkeit durch die

amtliche Statistik eine zusätzliche Bedeutung zuzumessen, die darin liegt, daß das statistische Material nicht nur in seiner Gesamtheit und in aggregierter Form, sondern auch als Einzelmaterial für planerische Zwecke herangezogen werden kann. Wenn bisher die größeren Städte die von den Stadtbauämtern gelieferten Unterlagen meist manuell ausgewertet haben, so kann dies künftig wesentlich rationeller und detaillierter geschehen.

Bernd Struck

Die Finanzplanungen der Gemeinden und Gemeindeverbände für die Jahre 1977 bis 1981

Während der Bund und die Länder schon seit 1967 nach den §§ 9 und 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. 6. 1967 verpflichtet sind, ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen, war den Gemeinden und Gemeindeverbänden lediglich auferlegt, bei der Durchführung ihrer Haushaltswirtschaft den allgemeinen Zielen dieses Gesetzes (also: Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum) Rechnung zu tragen.

In Schleswig-Holstein war man zu dieser Zeit bereits einen Schritt weiter, denn etwa ein Jahr vor Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes war den Gemeinden die Aufstellung langfristiger Investitionspläne — erstmals für den Zeitraum von 1967 bis 1971 — vorgeschrieben worden. Damit verfügte Schleswig-Holstein als erstes Bundesland über gewichtige Finanzdaten für eine mittelfristige kommunale Finanzplanung.

Nach dem Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts des Bundes und der Länder vom 19. 8. 1969 obliegt dem Finanzplanungsrat die Koordinierung der Finanzplanungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände). Da der Finanzplanungsrat seinen gesetzlichen Auftrag aber nur erfüllen kann, wenn ihm auch die Finanzpläne der kommunalen Gebietskörperschaften vorliegen, betei-

ligten sich die Gemeinden und Gemeindeverbände auf freiwilliger Grundlage bereits an den Erhebungen für die Planungszeiträume der Jahre 1970 bis 1974, 1972 bis 1976 und 1973 bis 1977.

Mit der Neuregelung der gemeindlichen Haushaltswirtschaft durch die Gemeindehaushaltsverordnung vom 26. 6. 1972 wurden zunächst die Voraussetzungen für eine bessere Vergleichbarkeit des kommunalen Haushalts mit dem seit 1970 umgestalteten staatlichen Haushalt geschaffen und ab 1974 dann den Gemeinden und Gemeindeverbänden gemäß § 83 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung vom 6. 4. 1973 auch die fünfjährige Finanzplanung zur Pflicht gemacht. Die Rechtsgrundlage zur finanzstatistischen Erhebung der kommunalen Finanzplanungen ergibt sich aus § 2 Abs. 1 Nr. 3 und § 3 Abs. 1 Nr. 6 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzstatistik vom 12. 7. 1973.

Im Finanzplan sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten darzustellen. Der Finanzplan ist der Gemeindevertretung spätestens mit dem Entwurf der Haushaltsatzung vorzulegen und jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen. Das erste Planungsjahr ist das laufende Haushaltsjahr. Die Daten für den hier zu behandelnden Planungszeitraum 1977 bis 1981 waren also bis Ende 1977 aufzustellen. Daher ist im Grundsatz davon auszugehen, daß es sich bei den Finanz-

daten für 1977 um Ist-Ergebnisse und für 1978 um Haushaltsansätze handelt. Die eigentliche Planung beschränkt sich auf die Jahre 1979 bis 1981.

Der Finanzplanungsrat hat jährlich bundeseinheitliche volks- und finanzwirtschaftliche Grundannahmen für die Finanzplanung bekannt zu machen, die als Grundlage für die Fortschreibung dienen sollen. Diesem Auftrag ist der Finanzplanungsrat in der Vergangenheit leider, wenn überhaupt, nur mit großer zeitlicher Verzögerung nachgekommen. Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein hat deshalb den Gemeinden eigene Orientierungsdaten an die Hand gegeben und zwar auf der Einnahmenseite über die voraussichtliche Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer, der Gewerbesteuer, der Grundsteuern und der Zuweisungen vom Land. Auf der Ausgabenseite werden Richtsätze für die Personalausgaben, die Investitionen und die Gesamtausgaben vorgegeben. Diese Orientierungsdaten bilden zusammen mit den eigenen Erkenntnissen den Grundstock für die Finanzplanung der Gemeinden. Die Gemeinden müssen also in jedem Fall prüfen, ob ihre besondere Lage und Struktur Anlaß dazu geben, die Orientierungsdaten ihren Verhältnissen anzupassen. Der Finanzplan bewirkt keine rechtliche Bindung der Gemeinden, er bildet aber die Grundlage, aus der die einzelnen Haushaltsansätze alljährlich zu entwickeln sind.

	Relatives Volumen des Ausgabehaushalts		
	1977	1978	1979
aus dem Planungsjahr			
1975 (- 1979)	94,9	99,1	96,7
1976 (- 1980)	94,5	100,3	97,4
1977 (- 1981)	100	100	100

Ein Vergleich der Ausgabehaushalte aus drei Planungszeiträumen zeigt, daß die schleswig-holsteinischen Gemeinden schon recht gut mit dem Instrumentarium der Finanzplanung umzugehen wissen. In Bezug auf die Werte aus dem Planungszeitraum 1977 bis 1981 sind die Abweichungen der entsprechenden Zahlen aus den beiden vorherigen Planungszeiträumen 1975 bis 1979 und 1976 bis 1980 nicht sehr groß. Für das Jahr 1977 liegen die Gesamtausgaben der zwei vorangegangenen Planungsperioden um etwa 5 % unter denen der laufenden, für 1978 sind sie fast gleich und für 1979 bleiben sie um knapp 3 % unter denen der jüngsten Finanz-

planung. Bemerkenswert ist, daß die Ausgaben des Verwaltungshaushalts grundsätzlich in der neueren Periode für das jeweilige Jahr niedriger angesetzt sind als in den vorangegangenen Perioden, während es sich bei den Ausgaben des Vermögenshaushalts genau umgekehrt verhält. Zeitnähere Erkenntnisse haben also dazu geführt, daß die Kommunen für den Verwaltungshaushalt weniger und entsprechend mehr für den Vermögenshaushalt einplanen konnten.

Gesamtausgaben

Im Jahre 1977 weisen die Gemeinden und Gemeindeverbände in Schleswig-Holstein Gesamtausgaben in Höhe von 5,6 Mrd. DM nach. Die Ausgaben werden für 1978 geringfügig höher angesetzt und für 1979 mit 5,9 Mrd. DM, für 1980 mit 6,0 Mrd. DM und für 1981 mit 6,1 Mrd. DM veranschlagt. Für die einzelnen Jahre ergeben sich Steigerungen zwischen 0,3 % bis 6,1 %. Insgesamt rechnen die kommunalen Gebietskörperschaften bis 1981 mit einem Ausgabenanstieg von 9,2 %.

Die Ausgaben gliedern sich ebenso wie die Einnahmen in solche des Verwaltungshaushalts und des Vermögenshaushalts. Der Verwaltungshaushalt zeigt den Aufwand für die Verwaltung (z. B. Personalausgaben, sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand) und seine Deckung durch regelmäßige Einnahmen (z. B. Steuern und Schlüsselzuweisungen). Der zur Bestreitung der Ausgaben nicht benötigte Einnahmeteil (Überschuß) ist dem Vermögenshaushalt zuzuführen, der die vermögenswirksamen Ausgaben (z. B. Erwerb von Grundstücken und beweglichen Sachen des Anlagevermögens, Baumaßnahmen) enthält. Im Vermögenshaushalt sind aber auch Finanzvorfälle zu buchen, die keine unmittelbaren Auswirkungen auf das Gemeindevermögen haben, wie z. B. die Zuwendungen für Investitionsvorhaben Dritter. Die Vermögensausgaben werden durch Kredite, Entnahmen aus angesammelten Rücklagen, Zuweisungen (z. B. aus dem kommunalen Investitionsfonds des Landes) und Vermögensveräußerungen finanziert.

Ausgaben des Verwaltungshaushalts

Die Ausgaben des Verwaltungshaushalts erhöhen sich im Berichtszeitraum um etwa ein Viertel; dagegen ist

Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände

Einnahme-/Ausgabeart	1977	1978	1979	1980	1981
	Millionen DM				
Steuern, Allgemeine Zuweisungen und Allgemeine Umlagen	2 529	2 622	2 810	3 020	3 242
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	995	972	1 019	1 077	1 132
Sonstige Finanzeinnahmen	372	362	371	385	397
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	3 895	3 956	4 201	4 482	4 771
Zuführungen vom Verwaltungshaushalt	417	381	415	468	531
Entnahme aus Rücklagen, Darlehnsrückflüsse, Veräußerungen, Beiträge	460	352	262	206	168
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	464	496	652	531	370
Einnahmen aus Krediten	317	387	374	266	215
Einnahmen des Vermögenshaushalts	1 658	1 616	1 703	1 471	1 284
Summe der Einnahmen	5 553	5 572	5 903	5 953	6 055
Personalausgaben	1 143	1 186	1 260	1 335	1 416
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	936	954	1 003	1 056	1 108
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	629	645	695	743	799
Sonstige Finanzausgaben	1 187	1 171	1 250	1 354	1 459
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	3 895	3 956	4 208	4 488	4 781
Gewährung von Darlehen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	205	210	189	174	166
Vermögenserwerb	269	229	190	147	132
Baumaßnahmen	901	912	1 096	914	706
Tilgung von Krediten	228	216	193	195	218
Übrige Ausgaben	55	49	34	41	62
Ausgaben des Vermögenshaushalts	1 658	1 616	1 703	1 471	1 284
Summe der Ausgaben	5 553	5 572	5 911	5 958	6 065

beim Vermögenshaushalt ein Rückgang der Ausgaben um den annähernd gleichen Teil zu verzeichnen. Der Anteil der Ausgaben des Verwaltungshaushalts an den Gesamtausgaben bewegt sich dabei zwischen sieben und acht Zehnteln. Von Bedeutung sind die Zuführungen zum Vermögenshaushalt (sogenannte „Überschüsse“ des Verwaltungshaushalts); sie werden 1977 auf 417 Mill. DM beziffert und 1981 in Höhe von 531 Mill. DM eingeplant.

Die Personalausgaben beanspruchen den Hauptanteil der Ausgaben des Verwaltungshaushalts. 1977 macht ihr Anteil 29,3 % aus und 1981 wird er mit 29,6 % angesetzt. Im Vergleich zu den Finanzplanungen der Vorjahre liegen die Personalausgabenanteile zum ersten mal unter drei Zehnteln. Bis zum Planungsjahr 1981 erwarten die Gemeinden und Gemeindeverbände ein Anwachsen der Personalausgaben um knapp 24 %.

Der erstmals zu beobachtende geringere Anstieg der Personalausgaben ist nicht zuletzt darauf zurückzu-

führen, daß fast alle kommunalen Krankenhäuser nach Umstellung ihrer Rechnungsform auf die kaufmännische Buchführung aus dem finanzstatistischen Berichtskreis ausgeschieden sind und somit eine beträchtliche Anzahl personalkostenintensiver Einrichtungen in der kommunalen Finanzstatistik nicht mehr erfaßt wird.

Ausgaben des Vermögenshaushalts

Mehr als drei Viertel bis fast neun Zehntel der Ausgaben des Vermögenshaushalts sollen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen aufgewendet werden; diese Ausgaben setzen sich aus den Baumaßnahmen, dem Vermögenserwerb sowie der Gewährung von Darlehen, Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen zusammen (siehe auch in der Tabelle die ersten drei Zeilen bei den Ausgaben des Vermögenshaushalts).

Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach dem Aufgabenbereich

Aufgabenbereich	1977	1978	1979	1980	1981
	Millionen DM				
Allgemeine Verwaltung	50	60	82	70	56
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	36	40	32	23	18
Schulen	212	195	195	110	75
Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	20	21	17	19	17
Soziale Sicherung	42	31	43	35	37
Gesundheit, Sport, Erholung	189	185	231	192	149
darunter					
Krankenhäuser	106	83	97	79	66
Sport, Badeanstalten	65	84	108	88	58
Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	452	468	523	474	388
darunter					
Straßen	347	358	404	376	301
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	199	220	230	211	168
darunter					
Abwasserbeseitigung	144	152	164	147	121
Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen	176	131	121	101	97
Wirtschaftliche Unternehmen	82	68	68	56	49
Allgemeines Grund- und Sondervermögen	94	63	53	45	47
Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen insgesamt	1 375	1 351	1 475	1 235	1 004

In der Rangfolge nach der Höhe der Beträge verteilen sich die vermögenswirksamen Ausgaben auf die Aufgabenbereiche Straßen (zwischen 21 % bis 26 %), Schulen (zwischen 6 % bis 13 %), Abwasserbeseitigung (7 % bis 10 %) und Krankenhäuser (5 % bis 6 %).

Außer bei der allgemeinen Verwaltung sind bei allen anderen Aufgabenbereichen bis zum Ende des Planungszeitraums Ausgabenrückgänge festzustellen. Besonders hohe Betragsverringerungen weisen die Bereiche Schulen (Abnahme insgesamt 65 %) und Krankenhäuser (Abnahme insgesamt 37 %) auf. Bei den Krankenhäusern dürfte die schon angesprochene Umstellung der Rechnungsführung eine Rolle spielen und der Rückgang daher nicht ganz real sein. Von den Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind 66 % bis 74 % für Baumaßnahmen vorgesehen. Die Anteile der Ausgaben für den Vermögenserwerb (Erwerb von Grundstücken und beweglichen Sachen des Anlagevermögens sowie von Beteiligungen, Kapitaleinlagen) schwanken zwischen 12 % und 20 %; auf die Ausgabegruppe „Gewährung von Darlehen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen“ entfallen 13 % bis 17 %.

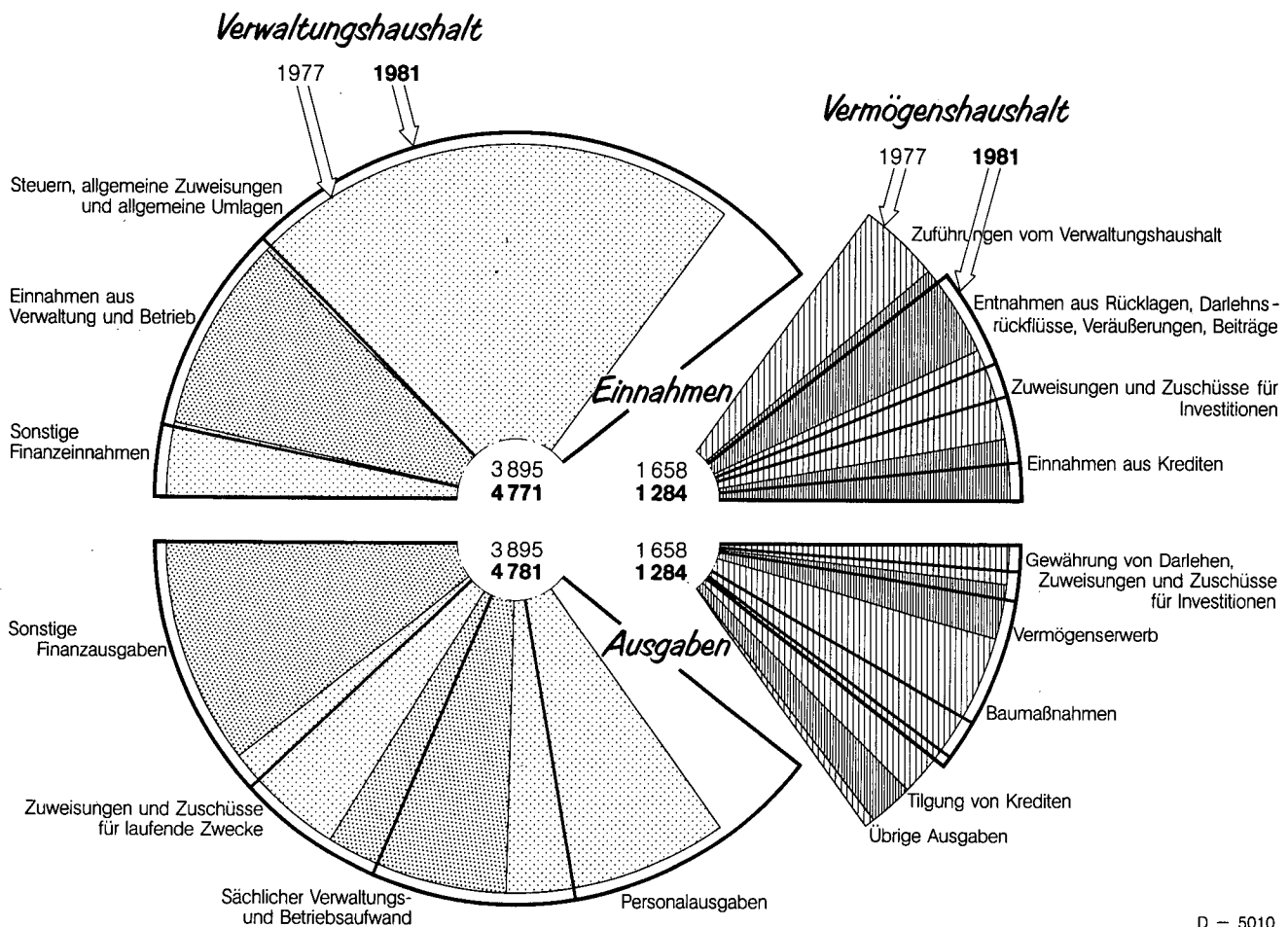
Einnahmen des Verwaltungshaushalts

Obwohl nach § 23 Abs. 4 der Gemeindehaushaltsverordnung vorgeschrieben ist, daß die Einnahmen und die Ausgaben für die einzelnen Finanzplanungsjahre ausgeglichen sein sollen, liegen die Einnahmen für die Planungsjahre 1979 bis 1981 unter den Ausgaben. Das ist darauf zurückzuführen, daß eine Stadt mit erheblichem Finanzvolumen ihre Finanzplanung nicht ausgleichen konnte. Den Hauptanteil der Einnahmen des Verwaltungshaushalts erbringen die Steuern mit mehr als vier Zehnteln. Im Haushaltsjahr 1977 beträgt das Steueraufkommen 1,6 Mrd. DM; das gleiche Ergebnis soll auch im Jahre 1978 erzielt werden. Für die weiteren Planungsjahre werden 1,8 Mrd. DM, 1,9 Mrd. DM und (1981) 2,0 Mrd. DM in Ansatz gebracht.

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) zuzüglich der Lohnsummensteuer belaufen sich 1977 auf 701 Mill. DM und werden für 1981 mit 764 Mill. DM angegeben. Hier wird das Steueränderungsgesetz von 1979 eine Korrektur erforderlich machen, da die Lohnsummensteuer ab Erhebungszeitraum 1980 wegfällt und auch andere Vorschriften bei

Gesamthaushalt der Gemeinden und Gemeindeverbände

ERGEBNISSE DER FINANZPLANUNG 1977 UND 1981 IN MILLIONEN DM



D - 5010

der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital zu Einnahmeeinbußen führen werden. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird für 1977 mit 678 Mill. DM nachgewiesen. In den folgenden Jahren sollen 717 Mill. DM, 796 Mill. DM, 878 Mill. DM und (1981) 968 Mill. DM aufkommen. Für den gesamten Planungszeitraum wird bei dieser Steuer von einem überdurchschnittlich hohen Zuwachs, nämlich 43 % ausgegangen. Die Zuwachsrate wird trotz der Änderungen des Einkommensteuergesetzes, die das Aufkommen mindern, erreicht werden, weil der Gemeindeanteil ab 1980 von 14 % auf 15 % erhöht werden wird. Auch bei den allgemeinen Zuweisungen ist bis zum letzten Planungsjahr eine beträchtliche Zunahme festzustellen (535 Mill. DM für 1979, 762 Mill. DM für 1981). Die Gemeinden unterstellen hier, daß die Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich weiter ansteigen werden. Die Gebühren und ähnliche Entgelte einschließlich zweckgebun-

dener Abgaben fallen 1977 in Höhe von 541 Mill. DM an und werden bei einer Steigerung um 14 % für 1981 auf 617 Mill. DM geschätzt.

Einnahmen des Vermögenshaushalts

Außer für die Einnahmegruppe „Zuführung vom Verwaltungshaushalt“ sind bei allen anderen Einnahmen des Vermögenshaushalts erhebliche Abnahmen ersichtlich. Während der Anteil der Einnahmen des Vermögenshaushalts an den Gesamteinnahmen im Jahre 1977 knapp 30 % beträgt, nimmt er in den beiden folgenden Jahren um einen Punkt ab, verringert sich 1980 um weitere vier Punkte auf ein Viertel und wird für 1981 letztlich mit 21 % angezeigt.

Besonders auffällig gestaltet sich der Rückgang der Einnahmen bei den Entnahmen aus Rücklagen (Abnahme insgesamt 86%) sowie bei den inneren Darlehen (Abnahme um insgesamt 89 %). Die Gemeinden befürchten also, daß sie nicht mehr in der Lage sein werden, im bisherigen Umfang Rücklagen und Sonderrücklagen zu bilden. Folglich muß die Höhe der Entnahmen zurückgehen und die vorübergehende Inanspruchnahme von Mitteln der Sonderrücklagen eingeschränkt werden. Die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erreichen als stärkste Einnahmegruppe 1977 noch 464 Mill. DM und bleiben im Jahre 1981 mit 370 Mill. DM um über ein Fünftel hinter dem Ergebnis des Anfangsjahres zurück. Hier können mehrere Gründe eine Rolle spielen. Der wahrscheinlichste Grund ist, daß der Finanzierungsspielraum der Gemeinden für Investitionen schmaler wird und deshalb entsprechende Zuschüsse von Land und Bund geringer werden. Die Voraussetzung für diese Zuschüsse ist nämlich der Nachweis einer bestimmten Eigenbeteiligung an den geplanten Investitionen.

Die zur Deckung der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nicht benötigten Mittel werden dem Vermögenshaushalt zugeführt und stehen dort zweckgerichtet für

Ausgaben des Vermögenshaushalts zur Verfügung. Diese als „Zuführungen vom Verwaltungshaushalt“ bezeichneten Einnahmen nehmen gegenüber 1977 mit 417 Mill. DM im Jahre 1981 um 27 % auf 531 Mill. DM zu.

Aus Krediten und inneren Darlehen werden 1977 zwar 317 Mill. DM eingenommen, doch für 1981 nur noch 215 Mill. DM aufgezeigt; damit fällt der Betrag des letzten Planungsjahres im Vergleich zum Haushaltsjahr 1977 um mehr als drei Zehntel ab. Diese Entwicklung ist Ausdruck der vorsichtigen Planung der Gemeinden, die sich nicht am Bedarf, sondern am finanziellen Spielraum orientiert. Der Bedarf an Krediten ist sicher höher, die Deckung der Zins- und Tilgungsraten aber beschränkt. Innerhalb der Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen sind die Kreditaufnahmen vom sonstigen öffentlichen Bereich (gesetzliche Versicherungsträger) und vom Kreditmarkt besonders gewichtig. Im Jahre 1977 beträgt das Rechnungsergebnis 266 Mill. DM; für 1981 werden diese Einnahmen mit 187 Mill. DM fortgeschrieben.

Erwin Beyermann

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht L II 5.

Kurzberichte

Pressestatistik im Bundesgebiet

Seit dem 1. April 1975 gibt es ein Gesetz über eine Pressestatistik, die vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet wird. Die langwierigen Vorbereitungen für diese Statistik hatten schon 1969 mit einem Antrag des Bundestages an die Bundesregierung begonnen, ein Gesetz für eine Pressestatistik zu erarbeiten. In der Begründung zum Pressestatistikgesetz heißt es dann, diese Statistik solle zuverlässige Unterlagen über die Lage der Presse liefern, die es ermöglichen, „Entwicklungen, die die Freiheit der Presse bedrohen könnten, rechtzeitig zu erkennen und etwaigen Gefahren wirksam zu begegnen“. Die Statistik soll den Zuständigen „Entscheidungshilfen liefern, wenn zur Erhaltung der Vielfalt des Informationsangebots wirtschaftliche Maßnahmen eingeleitet werden müssen“.

Zunächst sollte die Pressestatistik primär als Wirtschaftsstatistik, d. h. als eine Unternehmensstatistik, aufgefaßt werden. Die ersten Überlegungen im Statistischen Bundesamt gingen deshalb dahin, sie als Kosten- und Leistungsstatistik im Rahmen der Kostenstrukturerhebung zu führen. Im Laufe der langen Vorbereitungszeit des Gesetzes kamen aber weitere Gesichtspunkte hinzu, so daß sich die Pressestatistik schließlich zu einer eigenständigen Statistik mit wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten entwickelt hat. Nach § 1 des Pressestatistikgesetzes werden zur Feststellung des strukturellen Wandels und der wirtschaftlichen Entwicklung der Presse bei Unternehmen, die Zeitungen oder Zeitschriften verlegen, statistische Erhebungen jährlich als Bundesstatistik durchgeführt. Sie umfassen in der Praxis drei Teile, nämlich Unternehmensdaten, Zeitungsdaten und Zeitschriftendaten.

Das Statistische Bundesamt hat in seinen Veröffentlichungen — vor allem in „Wirtschaft und Statistik“ — eingehend über die Vorbereitungsarbeiten und über den Aufbau der Pressestatistik berichtet. Inzwischen liegen die Ergebnisse der beiden ersten Jahreserhebungen 1975 und 1976 vor. Die Quellen ihrer Veröffentlichung sind am Ende dieses Berichts aufgeführt. Ihnen sind auch die folgenden Ergebnisse entnommen.

Die Pressestatistik erfaßt ohne Rücksicht auf den wirtschaftlichen Schwerpunkt alle **Unternehmen**, die Zeitungen oder Zeitschriften verlegen. 1976 konnten in der Bundesrepublik 2 111 Unternehmen¹ nachgewiesen werden, davon 1 703 Unternehmen des Verlagsgewerbes und 408 Unternehmen, die zwar Zeitungen oder Zeitschriften verlegten, aber anderen Wirtschaftszweigen zuzurechnen waren. Von den 1 703 Verlagen waren nach ihrem überwiegend erzielten Umsatz 309 als Zeitungsverlage, 1 074 als Zeitschriftenverlage und 320 als andere Verlage (z. B. Buchverlage) einzuordnen.

In den Zeitungsverlagen waren Ende 1976 rund 116 000 Personen beschäftigt, das sind im Schnitt — einschließlich der Inhaber, aber ohne freie Mitarbeiter — 376 Personen je Unternehmen. Jedes 5. Unternehmen hatte 500 und mehr Mitarbeiter. Die Zeitschriftenverlage waren — von der Beschäftigtenzahl her gesehen — wesentlich kleiner. Sie hatten insgesamt 35 400 Beschäftigte, d. h. im Durchschnitt nur 33 Mitarbeiter je Unternehmen. Etwa 90 % ihres Umsatzes erzielten die Verlagsunternehmen durch den Vertrieb eigener Verlagserzeugnisse oder durch Anzeigen. Bei den Zeitungsverlagen überwog der Anzeigen-, bei den Zeitschriftenverlagen der Vertriebsumsatz.

Zeitungen im Sinne der Pressestatistik sind alle periodischen Veröffentlichungen, die im allgemeinen mindestens zweimal wöchentlich erscheinen und außerdem in ihrem redaktionellen Teil der kontinuierlichen, aktuellen und thematisch nicht auf bestimmte Stoff- oder Lebensgebiete begrenzten Nachrichtenübermittlung dienen. Die Sonntagszeitungen, die die Nachrichtenlücke eines Tages schließen, werden hier einbezogen.

Ende Dezember 1976 gab es in der Bundesrepublik nach der Pressestatistik 1 187 Zeitungen², davon waren 374 Hauptausgaben und 813 abhängige Neben-

1) Ergebnisse für die Bundesländer sind nicht veröffentlicht. Da Unternehmen in vielen Fällen länderübergreifend arbeiten, sind Länderergebnisse auch nur begrenzt aussagefähig

Verlegte Zeitungen und ihre Verkaufsauflage im Bundesgebiet 1976

	Zeitung- ungen		Davon	
	ins- gesamt	Abonne- ment- zei- tungen	Straßen- ver- kaufs- zei- tungen	
Verlegte Zeitungen am 31. 12. 1976	1 187	1 142	45	
Verkaufsauflage ¹ in 1 000	23 464	14 509	8 955	
davon im				
Abonnement	13 284	13 156	128	
Einzelverkauf	10 180	1 353	8 827	

1) Durchschnittliche Auflage je Erscheinungstag im 4. Vierteljahr 1976

Bezirks-, Lokal- oder Stadtteilausgaben. Sie erschienen im 4. Vierteljahr 1976 mit einer durchschnittlichen Gesamtauflage je Erscheinungstag von 23,5 Mill. Exemplaren. Es gibt Abonnementzeitungen (14,5 Mill.) und Straßenverkaufszeitungen (9,0 Mill.). Beide Zeitungsarten werden im Abonnement und im Einzelverkauf vertrieben. Von den Abonnementzeitungen wurden 1976 fast 91 % im Abonnement und der Rest einzeln verkauft. Die Straßenverkaufszeitungen, darunter 4 Zeitungen für ausländische Arbeitnehmer, wurden dagegen zu fast 99 % im Einzelverkauf abgesetzt. Obwohl nur knapp 4 % aller Zeitungen Straßenverkaufszeitungen waren, machte ihre Auflage 38 % der Gesamtauflage aus. 9 von 10 Zeitungen erschienen an mindestens 5 Tagen je Woche. Nach ihrer Anzahl überwogen Zeitungen (Hauptausgaben) mit geringer Auflage: 159 oder fast 43 % hatten eine Auflage von unter 10 000 Exemplaren.

Als **Zeitschriften** im Sinne der Pressestatistik gelten alle periodischen Druckwerke mit kontinuierlicher Stoffdarbietung, die mit der Absicht eines zeitlich unbegrenzten Erscheinens mindestens viermal jährlich herausgegeben werden, soweit sie keine Zeitungen sind. Dazu gehören u. a. Publikumszeitschriften, wissenschaftliche Fachzeitschriften, Kundenzeitschriften, amtliche Blätter und Anzeigenblätter.

2) Nach den Angaben des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger e. V. — also nicht nach der hier vorgestellten neuen Pressestatistik — hatte Schleswig-Holstein im 3. Vierteljahr 1975 bei den verlegten Tageszeitungen (Haupt- und Nebenausgaben zusammen) einen Anteil von 4,3 % am Bundesgebiet und an der Verkaufsauflage dieser Zeitungen einen Anteil von 2,5 %

Ende 1976 wurden in der Bundesrepublik 4 704 Zeitschriften mit einer Auflage von insgesamt 206 Mill. Exemplaren verlegt. Von diesen Exemplaren wurden 126 Mill. an Abonnenten oder an Einzelbezieher verkauft und 80 Mill. unentgeltlich abgegeben. Den größten Anteil an der Auflage hatten die Publikumszeitschriften, die 807 Titel mit 77 Mill. Exemplaren je Erscheinungstag herausgaben. Die Kundenzeitschriften waren mit nahezu 40 Mill. Exemplaren an der verbreiteten Auflage beteiligt. Die Gruppe mit der größten Titelvielfalt bildeten die 2 161 Fachzeitschriften mit einer Auflage von 20 Mill. Exemplaren. 9 von 10 der gegen Entgelt abgesetzten Zeitschriften hatten eine Verkaufsauflage von weniger als 50 000 Exemplaren. Auf die 52 Titel, die in einer Auflage von einer halben Million und mehr Exemplaren verbreitet wurden, entfielen jedoch 53 %

(67 Mill.) der insgesamt verkauften Auflage. Nach der Häufigkeit des Erscheinens bildeten die Monatszeitschriften die größte Gruppe: 2 von 5 Zeitschriften wurden 10- bis 14mal jährlich aufgelegt.

Quellen:

Der Aufbau einer Pressestatistik, in Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1977

Pressestatistik 1975, in Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1978

Presse 1975, Fachserie 11 Bildung und Kultur, Reihe 5
Herausgeber: Statistisches Bundesamt

Pressestatistik 1976, in Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1978

Lieselotte Korschey

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 — 5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- × = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

31. Jahrgang

Heft 2

Februar 1979

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1976	1977	1977			1978			
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 583	2 586	2 588	2 588	2 588	2 592
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 205	1 193	1 036	850	1 181	1 295
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,6	5,5	4,7	4,0	5,4	6,1
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 066	1 947	1 873	1 875	1 868	1 925
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	9,6	9,0	8,5	8,8	8,5	9,0
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 675	2 589	2 555	2 583	2 774	2 335
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,4	12,0	11,6	12,1	12,6	11,0
	Anzahl	34	26	16	29	35	39
	je 1 000 Lebendgeborene	16,3	13,5	8,5	15,5	18,7	20,3
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 609	- 642	- 682	- 708	- 906	- 410
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 2,8	- 3,0	- 3,1	- 3,3	- 4,1	- 1,9
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 110	6 303	6 854	6 130	5 451	6 705
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 476	5 289	6 975	5 436	5 216	6 336
* Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 634	+ 1 014	- 121	+ 694	+ 235	+ 369
* Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 495	9 943	11 181	10 617	9 828	10 705
Wanderungsfälle	Anzahl	21 081	21 535	25 010	22 183	20 495	23 746
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	142	146	165	154	138	162
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	47	47	44	47	51	37	40	43	46
darunter * Männer	1 000	24	23	20	22	25	17	18	19	22
Kurzarbeiter	1 000	5	3	2	3	4	1	1	2	2
darunter Männer	1 000	3	2	2	2	3	1	1	1	1
Offene Stellen	1 000	9	9	8	7	7	9	9	9	8
darunter für Männer	1 000	6	6	6	5	4	6	6	6	5
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 560 ^a	1 565 ^a	1 565	1 585
darunter * Milchkühe	1 000	513 ^a	515 ^a	515	518
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000
* Schweine	1 000	1 696 ^a	1 796 ^a	1 796	1 856
darunter * Zuchtsauen	1 000	181	194 ^a	194	205
darunter * trächtig	1 000	123 ^a	130 ^a	130	136
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	36	38	53	51	34	48	57	56	37
* Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000 St.	223 ^b	236 ^c	254	244	254	258	279	273	257
darunter * Hausschlachtungen	1 000 St.	6 ^b	5 ^c	5	10	9	3	5	10	9
* Schlachtmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	28,0	29,2	35,0	32,5	29,3	34,9	39,4	36,9	30,8
darunter * Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	9,4	10,1	14,3	13,1	9,0	14,1	16,5	15,1	10,0
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	18,4	18,9	20,4	19,2	20,1	20,6	22,7	21,6	20,6
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	272	274	280	271	274	296	296	280	278
Kälber	kg	95	97	102	100	102	104	107	105	104
Schweine	kg	84	82	82	82	82	81	83	82	83
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	520	215	201	154	104	196	78	98	127
* für Legehennenküken	1 000	1 115	1 070	1 051	1 125	1 042	1 082	1 002	1 234	1 031
* für Masthühnerküken	1 000	902	887	906	981	847	873	890	1 139	835
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg
* Milcherzeugung										
	1 000 t	190	195	151	162	185	144	159	171	187
darunter * an Molkereien und Händler geliefert	%	94	95	90	92	93	95	92	92	94
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,3	12,5	9,5	10,5	11,6	9,3	9,9	11,1	11,7

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1976/77 = 8

c) Winterhalbjahr 1977/78 = 7

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1976	1977	1977			1978			
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Industrie und Handwerk										
Verarbeitende Industrie⁸⁾										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	164	165	166	165	164	164	164	163	162
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	118	118	119	118	117	116	117	116	115
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	18 145	17 856	18 585	18 670	17 411	17 076	18 358	18 372	16 136
* Löhne (brutto)	Mill. DM	225,0	239,5	234,4	304,8	250,3	241,5	246,5	316,0	254,9
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	124,0	134,3	126,3	177,9	158,1	136,8	137,5	193,0	161,7
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	.	1 020	1 066	970	1 025	1 052	1 090	1 062	1 067
darunter Ausland	Mill. DM	.	287	255	242	247	231	268	282	250
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	1 939	1 995	2 202	2 183	2 182	1 949	2 214	2 105	2 236
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	357	406	554	528	375	318	371	302	393
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	20	r 14	15	19	r 17	17	20	21	19
* Gasverbrauch ¹⁰⁾	Mill. m ³	21,5	26,9	31,7	24,6	26,6	25,9	26,7	24,6	25,6
* Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	4,3	4,0	3,2	3,2	2,5	2,3	2,6	2,8	2,7
* Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	17,1	22,9	28,5	21,4	24,1	23,6	24,1	21,9	22,9
* Heizölverbrauch	1 000 t	82	79	82	91	87	79	93	101	94
* Leichtes Heizöl	1 000 t	17	17	16	19	20	15	17	20	22
* Schweres Heizöl	1 000 t	65	63	67	73	68	64	75	81	71
* Stromverbrauch	Mill. kWh	180	182	196	197	191	199	213	216	201
* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	35	35	39	46	42	34	40	47	39
* Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)										
Handwerk (Meßzahlen)¹¹⁾										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30. 9. 1970 = 100	91,7	95,0	101,6
* Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D. 1970 = 100	149,8	169,6	172,2
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	.	946	767	797	839	662	751	764	...
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	.	690	695	765	831	713	766	808	...
* Gaserzeugung (brutto) ¹⁰⁾	Mill. m ³	5	4	4	5	6	3	4	4	7
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)¹²⁾										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	.	52 790	54 037	53 324	52 380	56 818	56 686	56 383	55 490
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	.	6 523	7 524	6 802	5 810	7 501	8 111	7 439	4 674
darunter für		.								
* Wohnungsbauten	1 000	.	2 999	3 372	3 102	2 670	3 467	3 803	3 527	2 213
* gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	.	1 063	1 152	995	869	1 126	1 163	1 112	739
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	.	2 190	2 619	2 426	2 035	2 502	2 733	2 454	1 512
* Löhne (brutto)	Mill. DM	.	93,2	106,8	111,2	90,9	111,9	121,9	131,9	79,1
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	.	14,0	13,5	18,1	16,0	15,2	15,1	20,7	17,5
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	.	333,3	354,6	391,4	800,8	338,0	363,5	450,7	577,0

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschließlich Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie. Die Ergebnisse ab Januar 1977 sind mit denen aus früheren Jahren infolge Einführung eines neuen Konzepts nur bedingt vergleichbar; siehe hierzu sowie bezüglich der verwendeten Begriffe die Vorbemerkungen zum Statistischen Bericht E I 1

9) Eine t Steinkohle-Einheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) umgerechnet auf einen Heizwert von 35 169,12 kJ/m³

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

12) 1976 ohne Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe, daher mit 1977 nicht vergleichbar

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1976	1977	1977			1978			
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	936	960	1 029	879	889	1 567	1 161	1 221	851
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	899	927	976	850	849	1 498	1 113	1 178	806
*Rauminhalt	1 000 m ³	761	792	912	718	772	1 309	1 000	1 043	741
*Wohnfläche	1 000 m ²	134	135	156	121	133	221	169	179	125
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl ³	168	167	193	193	153	197	223	194	150
*Rauminhalt	1 000 m ³	579	508	556	795	604	658	880	946	503
*Nutzfläche	1 000 m ²	106	94	97	144	109	118	142	150	104
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 437	1 416	1 702	1 305	1 516	2 261	1 792	1 838	1 303
Baufertigstellungen										
Wohnungen 13)	Anzahl	1 321	1 540	938	1 030	10 929	625	920	858	...
Wohnräume	Anzahl	6 221	7 274	3 973	5 065	51 871	3 148	4 737	4 127	...
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	449,5	507,6	729,0	455,1	648,6	375,8	531,2	436,5	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	56,3	75,5	72,4	53,8	95,0	83,5	89,4	76,0	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	393,3	432,2	656,5	401,2	553,6	292,3	441,8	360,5	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	9,6	9,4	9,8	10,3	10,3	9,9	11,2	12,0	...
*Halbwaren	Mill. DM	31,6	27,7	34,8	17,8	28,0	26,2	64,5	31,0	...
*Fertigwaren	Mill. DM	352,1	395,0	611,9	373,1	515,3	256,2	366,1	317,5	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	28,7	28,5	29,4	28,0	31,1	27,9	32,0	39,8	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	323,4	366,6	582,5	345,1	484,2	228,3	334,1	277,7	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	189,8	191,5	187,4	172,5	254,4	193,7	254,1	213,2	...
darunter Italien	Mill. DM	19,5	18,2	19,4	18,9	14,4	21,9	25,8	19,7	...
Niederlande	Mill. DM	36,7	41,8	50,5	49,1	39,3	39,0	59,7	56,1	...
Dänemark	Mill. DM	48,1	36,7	35,6	28,5	40,3	38,6	70,0	41,1	...
Großbritannien	Mill. DM	36,4	43,5	25,9	28,6	108,7	39,2	39,7	40,3	...
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	173,6	188,5	187,1	r 205,0	259,3	198,2	199,0	216,0	...
*Gastgewerbesumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	158,9	169,6	159,4	r 123,1	134,9	194,4	156,2	128,5	...
Fremdenverkehr in 156 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	247	r 251	195	99	89	286	p 185	p 107	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	20	17	10	8	24	p 18	p 13	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	2 040	r 2 008	948	395	329	2 081	p 861	p 420	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	40	41	38	22	17	50	p 42	p 28	...
Verkehr										
Seeschifffahrt¹⁴⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 103	1 133	1 173	1 061	1 234
Güterversand	1 000 t	442	472	421	425	454
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	190	196	204	192	214	228	203	273	228
*Güterversand	1 000 t	242	234	225	242	233	228	286	254	205
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	8 861	9 741	8 943	8 664	8 992	9 259	10 225	9 368	...
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	179	198	70	38	32	161	117	92	...
*Personenkraftwagen 15)	Anzahl	7 888	8 704	7 998	7 806	8 074	8 130	9 140	8 465	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	424	452	472	511	506	502	522	521	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 476	1 560	1 609	1 724	1 500	1 833	1 560	p 1 627	p 1 366
*Getötete Personen	Anzahl	49	61	64	76	63	42	66	p 65	p 43
*Verletzte Personen	Anzahl	1 932	2 052	2 095	2 225	1 975	2 391	1 941	p 2 087	p 1 752

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) Zimmer mit 6 und mehr m² Fläche und alle Küchen

14) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

15) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1976	1977	1977			1978				
		Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen ¹⁶⁾											
*Kredite (17) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	32 062	36 181	35 255	35 632	36 181	39 599	39 784	40 612	41 315	
darunter											
*Kredite (17) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	30 194	34 096	33 188	33 539	34 096	37 592	37 774	38 602	39 295	
* kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 476	6 107	5 829	5 775	6 107	6 407	6 351	6 370	6 720	
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 404	5 987	5 771	5 716	5 987	6 366	6 304	6 330	6 670	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	72	121	59	60	121	41	47	40	50	
* mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 159	3 638	3 521	3 652	3 638	4 122	4 079	4 396	4 384	
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 707	3 058	3 061	3 067	3 058	3 264	3 321	3 331	3 311	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	452	580	460	584	580	858	758	1 065	1 073	
* langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	21 558	24 351	23 838	24 112	24 351	27 063	27 344	27 836	28 191	
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	17 089	19 292	18 843	19 091	19 292	21 339	21 563	21 865	22 168	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	4 469	5 060	4 995	5 021	5 060	5 723	5 781	5 972	6 023	
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁷⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	24 233	26 612	25 791	26 222	26 612	28 484	28 738	29 453	29 682	
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	12 528	14 060	13 794	14 161	14 060	15 658	15 836	16 493	16 245	
* von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 046	9 458	9 196	9 579	9 458	10 877	11 075	11 681	11 415	
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	4 483	4 602	4 598	4 581	4 602	4 781	4 761	4 812	4 831	
*Spareinlagen	Mill. DM	11 705	12 552	11 998	12 062	12 552	12 826	12 901	12 960	13 437	
* bei Sparkassen	Mill. DM	6 742	7 130	6 833	6 864	7 130	7 240	7 279	7 309	...	
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	589	649	514	539	705	515	553	564	...	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	509	580	429	476	650	473	478	506	...	
Zahlungsschwierigkeiten											
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	35	26	23	34	35	36	28	42	16	
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,3	0,4	1	-	1	1	1	2	-	
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	285	280	285	264	247	270	
*Wechselsumme	Mill. DM	1,5	1,3	1,1	0,9	1,4	0,9	
Steuern											
		Vierteljahres- durchschnitt				4. Vj. 77		3. Vj. 78		4. Vj. 78	
Steueraufkommen nach der Steuerart											
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 451,6	1 623,1	.	.	1 894,8	1 771,5	
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 112,3	1 251,4	.	.	1 511,0	1 353,3	
* Lohnsteuer (18)	Mill. DM	727,3	799,2	.	.	999,4	835,2	
* veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	303,3	350,7	.	.	384,6	392,3	
* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	10,2	8,1	.	.	10,9	18,6	
* Körperschaftsteuer (18)	Mill. DM	71,5	93,4	.	.	116,0	107,3	
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	339,3	371,7	.	.	383,9	418,2	.	.	439,7	
* Umsatzsteuer	Mill. DM	231,4	262,2	.	.	258,0	298,6	.	.	297,9	
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	107,9	109,5	.	.	125,9	119,6	.	.	141,9	
* Bundessteuern	Mill. DM	121,9	130,8	.	.	117,4	117,8	.	.	126,8	
* Zölle	Mill. DM	0,8	0,9	.	.	0,8	0,5	.	.	0,4	
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	105,8	120,2	.	.	111,0	110,8	.	.	120,1	
* Landessteuern	Mill. DM	107,7	116,2	.	.	112,5	118,7	.	.	117,1	
* Vermögensteuer	Mill. DM	20,2	26,2	.	.	27,2	24,2	.	.	23,7	
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	60,1	61,6	.	.	59,7	62,9	.	.	63,0	
* Biersteuer	Mill. DM	3,3	3,8	.	.	4,0	5,5	.	.	4,5	
* Gemeindesteuern ¹⁹⁾	Mill. DM	231,4	254,0	.	.	259,8	267,7	
* Grundsteuer A ²⁰⁾	Mill. DM	6,9	7,0	.	.	6,4	7,2	
* Grundsteuer B ²⁰⁾	Mill. DM	41,6	42,7	.	.	43,3	55,3	
* Gewerbesteuer											
nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	142,5	163,7	.	.	170,6	164,8	
* Lohnsummensteuer	Mill. DM	19,2	20,0	.	.	20,8	19,4	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften											
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	826,8	923,7	.	.	1 070,9	979,6	.	.	1 105,6	
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	443,3	501,9	.	.	614,9	547,4	.	.	616,8	
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	234,1	256,5	.	.	264,9	282,3	.	.	296,8	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	27,5	34,6	.	.	73,7	32,1	.	.	65,1	
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	835,8	953,9	.	.	1 106,7	1 036,5	.	.	1 154,8	
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	515,0	579,9	.	.	693,4	623,7	.	.	705,4	
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	185,6	223,3	.	.	227,0	262,0	.	.	267,2	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	27,5	34,6	.	.	73,7	32,1	.	.	65,1	
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	329,6	366,5	.	.	493,2	357,3	
* Gewerbesteuer											
nach Ertrag und Kapital (netto) ²¹⁾	Mill. DM	87,8	94,6	.	.	23,3	100,6	
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	152,9	181,6	.	.	380,5	153,7	

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1976	1977	1977			1978			
				Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970 = 100	151,8	154,1	150,9	150,2	149,1	145,3	144,1	145,0	...
Ausfuhrpreise	1970 = 100	141,7	143,6	143,5	143,3	143,1	146,0	145,8	146,2	...
Grundstoffpreise	1970 = 100	146,8	149,2	147,6	147,2	146,6	145,3	144,9	145,4	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	22) 1970 = 100	140,8	144,5	144,7	144,6	144,6	146,6	146,7	147,2	147,5
landwirtschaftlicher Produkte	22) 1970 = 100	149,0	142,3	141,5	142,2	145,4	135,3	p 133,8	p 135,6	...
* Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude	23) 1970 = 100	143,7	150,7		152,7				162,8	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	22) 1970 = 100	147,8	152,0	150,1	150,3	150,7	150,9	150,7	p 150,9	...
Einzelhandelspreise	1970 = 100	136,5	141,7	142,1	142,3	142,7	145,0	145,0	145,5	146,1
* Preisindex der Lebenshaltung	24) insgesamt 1970 = 100	140,8	146,3	146,9	147,1	147,5	150,0	150,0	150,5	151,1
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	136,8	143,7	143,1	142,9	143,5	143,6	142,9	143,1	144,0
Kleidung, Schuhe	1970 = 100	140,9	147,3	149,4	150,1	150,4	155,2	155,7	156,3	156,4
Wohnungsmieten	1970 = 100	140,0	144,7	146,0	146,3	146,6	149,6	149,9	150,3	150,6
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970 = 100	176,4	178,4	179,0	179,3	179,8	183,3	184,5	187,5	190,8
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970 = 100	135,5	140,2	140,8	141,7	142,3	145,0	145,6	146,5	146,9
Löhne und Gehälter 25)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	482	515	529				554		
darunter *Facharbeiter	DM	507	539	554				580		
*weibliche Arbeiter	DM	315	340	346				367		
darunter *Hilfsarbeiter	DM	304	327	335				347		
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	11,21	12,02	12,24				12,90		
darunter *Facharbeiter	DM	11,77	12,57	12,81				13,54		
*weibliche Arbeiter	DM	7,84	8,41	8,51				9,05		
darunter *Hilfsarbeiter	DM	7,57	8,12	8,23				8,58		
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Stunden	42,9	42,9	43,2				42,9		
weibliche Arbeiter	Stunden	40,1	40,2	40,6				40,5		
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 555	2 722	2 763				2 963		
*weiblich	DM	1 750	1 889	1 915				2 047		
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 753	2 937	2 986				3 162		
*weiblich	DM	1 704	1 813	1 838				1 952		
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 240	2 383	2 424				2 575		
*weiblich	DM	1 480	1 600	1 621				1 727		
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 255	2 442	2 467				2 597		
weiblich	DM	(1 613)	(1 701)	(1 717)						
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	2 341	2 495	2 537				2 700		
weiblich	DM	1 554	1 681	1 703				1 814		
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 716	2 905	2 952				3 123		
weiblich	DM	1 700	1 809	1 834				1 948		

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

16) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

17) einschließlich durchlaufender Kredite

19) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

21) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) Nur Neubau

25) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen: Stand 31. 12.

18) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

20) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten

22) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) für alle privaten Haushalte

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾ in 159 Berichtsgemeinden			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertigestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	ins- gesamt	in EG- Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins- gesamt	im sozialen Wohnungs- bau						ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	Auslands- gäste
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1973	26	34	12	980	3 358	1 468	785	2 968	2 388	215	19 802	445
1974	19	26	12	1 006	4 410	2 033	698	3 846	2 496	208	20 531	435
1975	16	20	12	1 025	4 941	2 000	823	4 312	2 892	229	23 684	452
1976	17	16	11	1 040	5 394	2 278	920	4 719	2 951	229	24 469	480
1977	14	18	10	1 057	6 092	2 298	808	5 186	3 034	237	24 475	494

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen ⁵⁾ am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs- opfer- fürsorge
	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw ³⁾	Lkw ⁴⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins- gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt		
	in 1 000							in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
1973	837	6	704	48	17 139	727	22 689	7 832	254,7	85,4	41,4	27,1
1974	851	7	718	48	15 513	656	20 375	8 654	337,5	111,3	48,1	31,2
1975	875	8	742	47	16 376	684	21 690	10 719	421,3	134,2	57,0	37,4
1976	922	9	785	47	17 716	591	23 184	11 705	477,6	153,0	61,4	37,4
1977	979	11	838	49	18 720	728	24 620	12 552	513,8	169,9	...	36,0

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁶⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch- steuern	Gewerbe- steuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁷⁾	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins- gesamt	Lohn- steuer	veranlagte Einkommen- steuer				ins- gesamt	Kredit- markt- mittel
	Mill. DM											
1973	3 556	2 816	1 000	1 149	3 043	1 974	867	1 190	550	3 620	2 117	1 546
1974	3 508	3 086	1 143	1 259	3 513	2 320	952	871	632	4 074	2 247	1 730
1975	3 043	3 059	1 176	1 239	3 588	2 267	1 061	366	611	5 094	2 360	1 845
1976	3 418	3 387	1 318	1 357	4 071	2 561	1 213	430	647	6 019	2 463	1 931
1977	3 788	3 876	1 466	1 487	4 596	2 822	1 403	481	735	6 613	2 491	1 940

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn- gebäude	der Lebenshaltung ⁸⁾ 1970 = 100		Industriearbeiter ¹¹⁾		Angestellte in Industrie 11) und Handel			öffentlicher Dienst	
	indu- strieller Produkte 9)	landwirt- schaftlicher Produkte 9)10)		ins- gesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹²⁾		
	1970 = 100	1970 = 100	kaufmännische Angestellte					tech. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
DM												
1973	114,1	121,6	126,4	118,8	118,0	402	241	1 861	1 184	2 151	1 985	1 448
1974	129,4	117,6	135,6	127,1	123,0	429	273	2 041	1 322	2 410	2 197	1 623
1975	135,5	133,2	138,9	134,7	130,1	448	291	2 194	1 440	2 564	2 348	1 739
1976	140,8	149,0	143,7	140,8	136,8	482	315	2 341	1 554	2 716	2 462	1 825
1977	144,4	142,4	150,7	146,3	143,7	515	340	2 495	1 681	2 905	2 590	1 919

1) Errichtung neuer Gebäude

2) Fremdenverkehrsahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres); bis 1974: in 134 Berichtsgemeinden

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

4) einschließlich mit Spezialaufbau

5) ohne Postspareinlagen

6) ohne Kassenkredite

7) ohne Schulden der Eigenbetriebe

8) für alle privaten Haushalte

9) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

10) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

11) einschließlich Hoch- und Tiefbau

12) Endgehalt, Ortsklasse S. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. September 1978			Bevölkerungsveränderung im September 1978			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1978 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
in %									
FLensburg	89 455	- 0,0	- 1,2	- 21	- 21	- 42	43	1	48
KIEL	254 036	- 0,1	- 1,1	- 76	- 118	- 194	124	2	152
LÜBECK	225 656	- 0,0	- 1,2	- 88	9	- 79	103	2	118
NEUMÜNSTER	82 113	- 0,2	- 1,3	- 1	- 126	- 127	46	2	55
Dithmarschen	130 551	+ 0,1	+ 0,2	- 25	149	124	61	3	75
Hzgt. Lauenburg	153 206	+ 0,1	+ 0,5	- 31	134	103	88	2	116
Nordfriesland	160 493	- 0,2	- 0,6	- 33	- 248	- 281	91	3	139
Ostholstein	188 614	- 0,1	+ 0,3	- 46	- 201	- 247	117	4	147
Pinneberg	257 148	+ 0,1	+ 0,6	- 28	160	132	139	1	171
Plön	115 233	+ 0,1	+ 0,4	4	54	58	53	3	63
Rendsburg-Eckernförde	241 044	+ 0,0	+ 0,4	6	36	42	116	3	165
Schleswig-Flensburg	179 428	+ 0,1	+ 0,7	- 1	132	131	80	3	115
Segeberg	203 236	+ 0,1	+ 1,6	7	289	296	132	10	169
Steinburg	129 372	+ 0,0	- 0,3	- 33	34	1	71	-	88
Stormarn	181 956	+ 0,0	+ 1,6	- 44	86	42	102	4	131
Schleswig-Holstein	2 591 541	- 0,0	+ 0,1	- 410	369	- 41	1 366	43	1 752

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitende Industrie ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. Juli 1978		
	Betriebe am 30. 11. 1978	Beschäftigte am 30. 11. 1978	Umsatz ⁴⁾ im November 1978 1 000 DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	47	8 467	122 698	31 873	29 109	325
KIEL	100	25 051	204 260	86 013	78 980	310
LÜBECK	104	24 283	229 209	75 334	68 554	303
NEUMÜNSTER	50	9 790	76 221	32 206	28 912	351
Dithmarschen	50	6 051	179 857	56 707	45 168	347
Hzgt. Lauenburg	72	8 123	71 520	59 871	51 647	338
Nordfriesland	28	2 517	54 778	68 548	55 266	345
Ostholstein	45	4 794	65 063	74 091	63 277	336
Pinneberg	152	21 213	240 971	102 258	90 209	352
Plön	29	2 207	22 345	49 507	41 832	363
Rendsburg-Eckernförde	79	9 515	135 668	100 168	83 699	348
Schleswig-Flensburg	51	4 409	99 038	78 596	63 560	355
Segeberg	129	13 014	171 109	90 838	78 148	387
Steinburg	69	9 305	150 227	54 208	44 542	344
Stormarn	107	14 554	282 275	74 930	66 077	364
Schleswig-Holstein	1 112	163 293	2 105 231	1 035 148	888 980	343

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 9. 1978

2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschließlich Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie

4) ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. Juni 1978			Arbeitsmarkt			* Ernten und Erträge 1978			
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 11. 1978	Kurzarbeiter Monatsmitte November 1978	offene Stellen am 30. 11. 1978	Getreide (ohne Körnermais)		Kartoffeln	
		VZ 1970	30. 6. 1977				1 000 t	dt je ha	1 000 t	dt je ha
		in %								
Schleswig-Holstein	2 589	+ 3,8	+ 0,1	43	2	9	2 209	53,1	173	271,8
Hamburg	1 672	- 6,8	- 0,9	28	6	8	24	49,8	1	286,1
Niedersachsen	7 226	+ 2,0	+ 0,0	126	13	23	5 519	44,7	2 618	308,5
Bremen	701	- 3,0	- 0,8	15	3	3	9	43,8	1	306,2
Nordrhein-Westfalen	17 010	+ 0,6	- 0,2	302	41	57	3 995	47,3	1 028	319,2
Hessen	5 545	+ 3,0	+ 0,1	67	10	22	2 039	48,4	701	284,2
Rheinland-Pfalz	3 634	- 0,3	- 0,3	51	4	11	1 639	43,1	707	248,8
Baden-Württemberg	9 127	+ 2,6	+ 0,1	85	19	46	2 611	42,4	1 130	280,6
Bayern	10 811	+ 3,2	- 0,0	150	31	44	5 716	41,8	3 992	300,5
Saarland	1 077	- 3,8	- 0,8	27	23	2	179	40,1	158	279,7
Berlin (West)	1 918	- 9,6	- 1,0	34	3	8	3	31,1	1	244,2
Bundesgebiet	61 310	+ 1,1	- 0,1	927	155	234	23 943	44,9	10 510	295,7

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				Bauhauptgewerbe ⁴⁾		Wohnungswesen im September 1978			
	Beschäftigte am 31. 10. 1978	Umsatz ²⁾ im Oktober 1978		Produktions- index ³⁾ (1970=100) im Oktober 1978	Beschäftigte am 31. 10. 1978		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		in 1 000	Mill. DM		Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl
Schleswig-Holstein	180	2 387	16	...	57	22	2 261	8,7	625	2,4
Hamburg	169	4 150	13	...	31	19	427	2,6	306	1,8
Niedersachsen	716	9 274	26	p 124,7	154	21	4 497	6,2	2 387	3,3
Bremen	90	1 467	19	...	15	22	172	2,5	61	0,9
Nordrhein-Westfalen	2 248	27 205	23	...	286	17	9 618	5,7	6 207	3,6
Hessen	672	7 225	26	126,4	106	19	2 538	4,6	372	0,7
Rheinland-Pfalz	389	5 249	27	134,0	72	20	2 529	7,0	751	2,1
Baden-Württemberg	1 458	16 240	24	...	193	21	6 520	7,1	5 392	5,9
Bayern	1 370	14 068	22	133,9	260	24	6 988	6,5	3 421	3,2
Saarland	149	1 541	31	131,9	21	20	510	4,7	253	2,4
Berlin (West)	188	1 851	12	...	33	17	530	2,8	488	2,5
Bundesgebiet	7 628	90 658	23	122	1 229	20	36 590	6,0	20 263	3,3

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. 7. 1978			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im Oktober 1978				Bestand an Spar- einlagen ⁸⁾ am 31. 10. 1978 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einw.								
	in 1 000			in DM je Einwohner							
Schleswig-Holstein	1 035	889	343	1 560	66	1 941	129	4 982	400	385	138
Hamburg	590	537	321	965	18	1 265	133	8 353	706	2 608	316
Niedersachsen	2 939	2 499	346	4 081	234	5 414	138	6 065	399	421	141
Bremen	249	226	323	437	9	489	114	6 755	525	1 052	274
Nordrhein-Westfalen	6 450	5 800	341	8 760	273	11 345	133	6 799	461	730	168
Hessen	2 327	2 027	366	3 045	112	4 094	138	7 488	468	621	190
Rheinland-Pfalz	1 544	1 296	357	2 079	75	2 787	138	6 733	405	479	161
Baden-Württemberg	3 841	3 281	359	4 736	198	6 475	141	7 336	475	639	175
Bayern	4 533	3 699	342	6 083	286	8 328	142	7 803	436	495	167
Saarland	415	373	347	645	14	846	133	6 026	395	404	123
Berlin (West)	598	542	282	1 285	32	1 589	126	6 445	343	967	131
Bundesgebiet	24 611 ^{a)}	21 212 ^{a)}	346	33 676	1 317	44 573	136	6 969	449	656	169

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) einschließlich Bergbau; Betriebe von industriellen und handwerklichen Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) ohne Umsatzsteuer 3) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) Vorläufige Werte einschließlich Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe 5) ohne Bundespost und Bundesbahn

6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

8) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

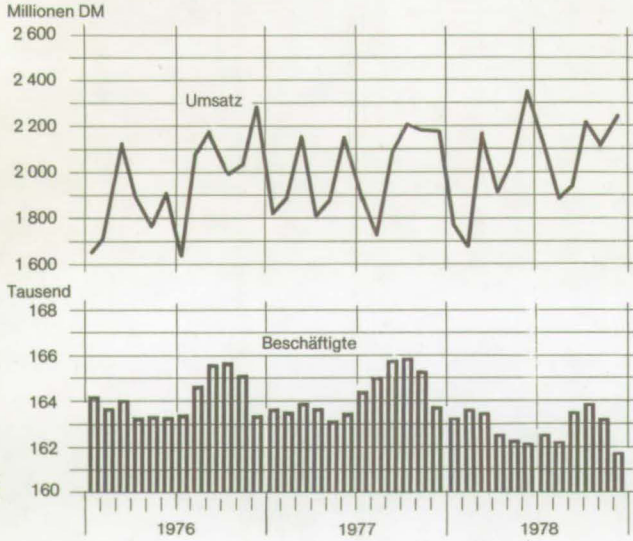
Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Kirchliche Verhältnisse	
Nordelbische Kirche	1/15
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauhauptgewerbe	1/11
Verkehr	
Güterverkehr See	1/3

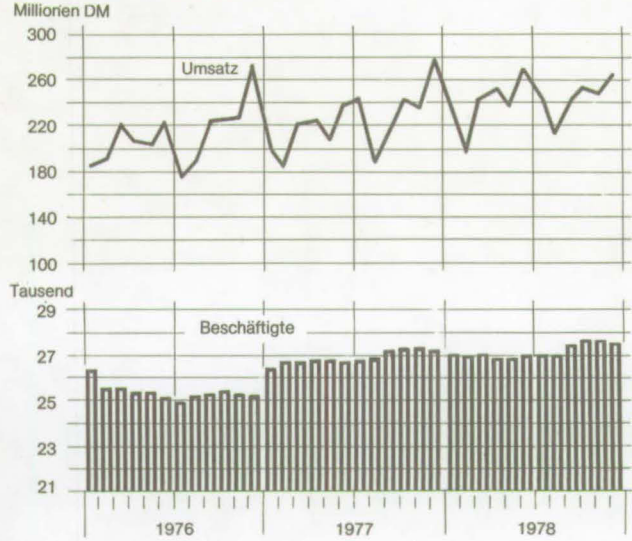
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn/-verlust); Zu-/Fortzüge, Geborene, Gestorbene; Arbeiterverdienste; Preisindex der Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kredite.

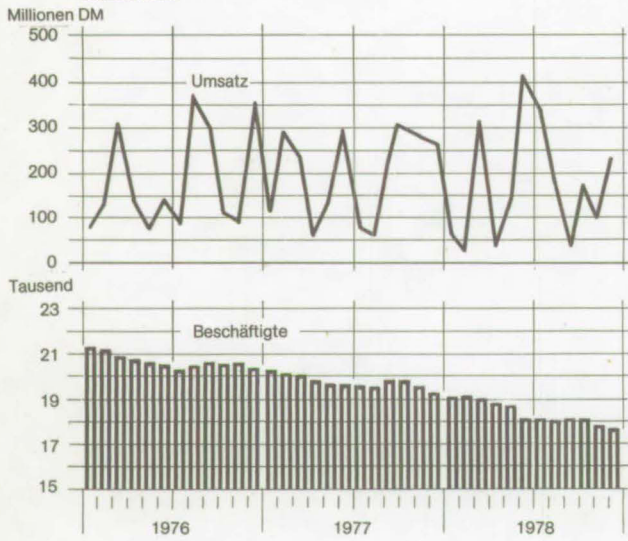
Verarbeitende Industrie*



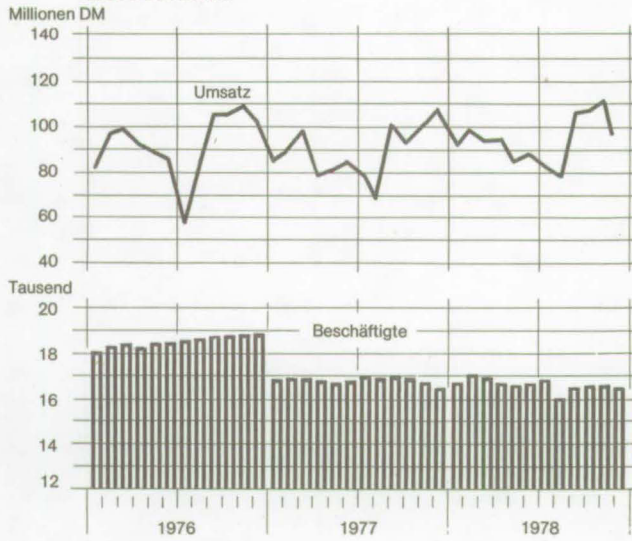
Maschinenbau*



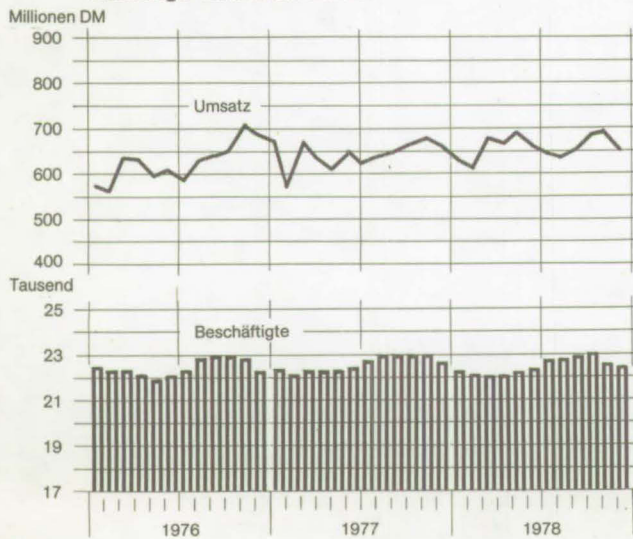
Schiffbau*



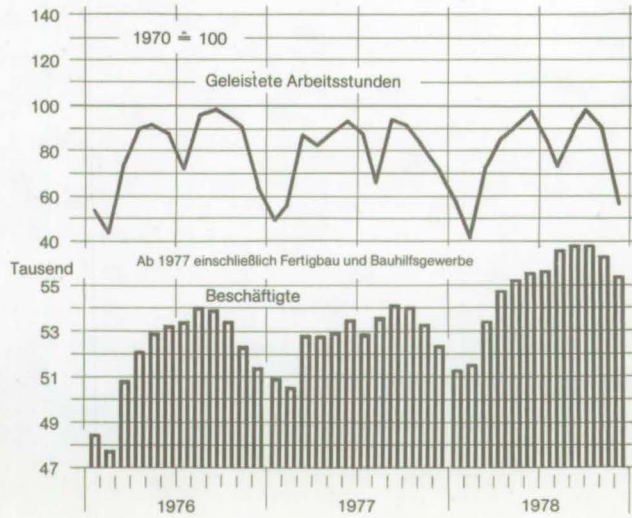
Elektrotechnik*



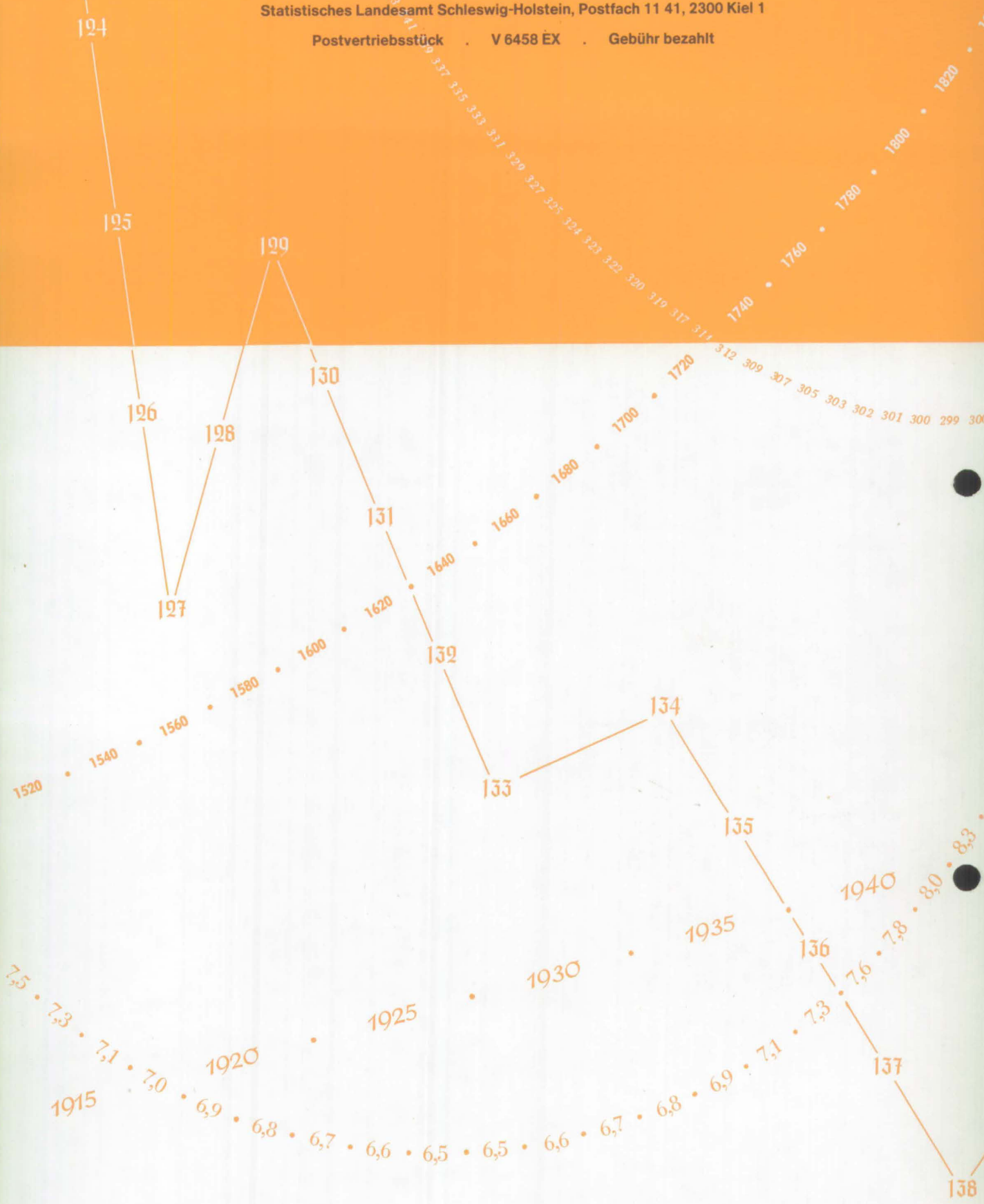
Nahrungs- und Genußmittel*



Bauhauptgewerbe



*) Ergebnisse für Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 5 11 41

Postanschrift: Postfach 11 41, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Arnold Heinemann

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —